



AIB

2V 20899 E

1,50 DM

Mai

Nr. 5 / 1978

9. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

- Chile - Reise
Prof. G. Stubys
- I. Ljubetić: Offensive der
Gewerkschaften

Pinochets Manöver

Israels Südlibanoninvasion
Interviews R. Mugabe
und H. M. Mengistu

Inhalt:

AIB-Aktuell: Namibia vor der Entscheidung	S. 3
Namibia	
Erklärung Sam Nujomas: Die SWAPO billigt keine Verwässerung	S. 4 — 5
Zimbabwe	
Gespräch mit Robert Mugabe: Smith als Kriegsverbrecher richten!	S. 6 — 7
Äthiopien	
Interview mit Haile Mariam Mengistu: Bereit, nötigenfalls jahrelang zu kämpfen	S. 8 — 10
Naher Osten	
Wolfram Bröner: Israels „Endlösung“ im Libanon	S. 11 — 13
Chile	
Interview mit Prof. Gerhard Stuby über die Erfahrungen einer Chile-Reise: Die zähe Hoffnung der Antifaschisten	S. 14 — 19
Iván Ljubetić: Chiles Gewerkschaftsbewegung wird offensiv	S. 20 — 23
Bericht vom El-Teniente-Streik	S. 23
Brasilien	
Sinval Bambirra: Breiter Widerstand gegen das Geisel-Regime	S. 24 — 25
Entwicklungsländer	
Gamani Corea: Kritik des überkommenen Entwicklungshilfekonzpts	S. 26 — 29
Rezensionen: Palästina-Filmwochen, Kartellmacht in Brasilien	S. 30
Kurzinformationen: Iran—BRD, Guatemala, Kampuchea—Vietnam, Festivalbewegung, Südliches Afrika—UNO	S. 31
Kommentar: Die „Beispielhaftigkeit“ des Bonner Geisel-Besuches	S. 32



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 1600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluss: 8. 4. 1978

Es arbeiteten mit: P. Ahlf, B. Bauske, B. Brinkmann, R. Bücking, D. Busch, D. Cadillon, G. Faust, D. Fendt, R. Hegewald, M. Hellmann, U. Langenbrink, H. Mayer, M. Meyn-Rodriguez, B. Pflug, J. Rodriguez, U. Rupp, K. Wetzel

Anzeigen, Beilagen

- DVZ-Werbekarte und Anzeige
- AIB-Werbekarte
- ISSA
- UNIDOC
- Brasilien-Nachrichten
- Kuba-Buch des Kübler-Verlags



Kuba: Das Land des XI. Festivals

Die AIB-Festivalausgabe bringt in Vorbereitung auf die XI. Weltfestspiele 1978 in Havanna:

- Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur sozialistischen Demokratie, zur Frage der politischen Gefangenen, über den Sport und die kubanische Jugendbewegung
 - Dokumente zur Außenpolitik, Reden Fidel Castros, die Verfassung der Republik Kuba, Länderübersicht
 - Interviews und Dokumente zur Festivalbewegung
- Umfang 48 Seiten; Preis 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg;
Telefon (06421) 2 46 72

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt —
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

AIB - Aktuell: Namibia vor der Entscheidung



Nach dem Abbruch der Gespräche zwischen den fünf westlichen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, der Südwestafrikanischen Volksorganisation von Namibia (SWAPO) und dem südafrikanischen Rassistensystem im Februar d. J. (siehe dazu SWAPO-Erklärung in diesem Heft) bereitet Pretoria nunmehr intensiv die Durchsetzung einer einseitigen Marionettenlösung in Namibia vor.

Der Angriff des südafrikanischen Besatzerregimes auf die Rechte des Volkes von Namibia und die politische Legitimität des Kampfes der SWAPO wird gleichzeitig auf mehreren Ebenen vorgetragen. Dazu gehört die Fortsetzung der militärischen Liquidationsversuche gegen die Stützpunkte der SWAPO im Norden ebenso wie der forcierte Aufbau von schwarzen Marionettenarmeen auf Bantustanbasis, die Anstachelung tribalistischer Konflikte innerhalb Namibias, Überfälle auf politische Massenkundgebungen der SWAPO und eine im internationalen Maßstab entfachte Kampagne gegen die Befreiungsbewegung Namibias. Bestandteil dieser koordinierten Taktik Südafrikas sind auch jene immer wieder in die Presse lancierten Meldungen, die auf eine bevorstehende einseitige Festsetzung des Wahltermins durch Pretoria schließen lassen, der der aus der „Turnhallenkonferenz“ hervorgegangenen „Demokratischen Turnhallenallianz“ internationale Reputation verschaffen soll.

Der Mord an Häuptling Kapuuo

Besonders zwei Ereignisse fanden in der jüngsten westlichen Pressepropaganda Verwertung: die militanten Auseinandersetzungen in der schwarzen Vorstadt Windhoeks, Katutura, zwischen Anhängern der SWAPO und Parteigängern des Herrero-Häuptlings Clemens Kapuuo, dem Ko-Vorsitzenden der „Demokratischen Turnhallenallianz“ und die Ende März erfolgte Ermordung des Häuptlings. Während Pretoria die Auseinandersetzungen in Katutura als „Beweisematerial“ für die angeblich unabdingbare Notwendigkeit der fortgesetzten Anwesenheit seiner Besatzertruppen in Namibia zu nutzen suchte, nahm es den Mord an Kapuuo als willkommenen Anlaß zur Verunglimpfung der SWAPO auf internationaler Ebene.

Wurde die Distanzierung der SWAPO von westlichen Presseorganen noch vereinzelt kolportiert, so blieb doch völlig im Dunkeln, daß eben jener beklagte und von Pretoria mit CIA-Unterstützung aufgebaute Kapuuo (siehe Geheimdokument in AIB 2/1977) selbst für die Ausschreitungen zur Verantwortung hätte gezogen werden

müssen. In einer Telegrammbotschaft an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, vom 3. März wies nämlich der Verwaltungssekretär der SWAPO in Windhoek, Axel Johannes, darauf hin, daß Kapuuo auf Geheiß Pretorias einen Befehl zum Massenmorden an SWAPO-Anhängern an seine Stammesgesellschaft erlassen hatte, in dessen Gefolge 17 Menschen getötet und Hunderte verletzt worden waren. Mit derartigen Manövern nach dem Vorbild der konterrevolutionären Massaker von FNLA und UNITA in Angola wird zukünftig in dem Maße zu rechnen sein, wie Pretoria die ebenfalls auf tribalistischer Basis zusammengeschusterte „Turnhallenallianz“ als „Unabhängigkeitsregierung“ inthronisieren will. Denn gegenüber der politisch in ganz Namibia verankerten und militärisch starken SWAPO verbleibt den konterrevolutionären Quislingen von der „Turnhalle“ – mangels politischem Profil – nur noch der primitiv-emotionale Appell an überkommene Stammesvorbehalte.

Unterdessen schafft dies zwar unnötige Opfer, kann jedoch dem internationalen Gewicht der SWAPO genauso wenig Abbruch tun, wie die verstärkten Militäroffensiven Pretorias in der Lage sind, die Streitkräfte der SWAPO militärisch zu zerstören. Erst auf ihrer jüngsten Ministerratstagung hat die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) „ihre volle Unterstützung für den bewaffneten Kampf der SWAPO (ausgesprochen), der als die Hauptwaffe zur Beendigung der südafrikanischen Okkupation in Namibia angesehen wird,“ alle OAU-Mitgliedsstaaten sowie die gesamte internationale Gemeinschaft dazu aufgefordert, „keinerlei Kontakte mit den sogenannten gemäßigten Afrikanern in der Turnhallenallianz oder irgendwelchen anderen Agenten des in Südafrika herrschenden Regimes zu unterhalten“ und die Verstärkung der diplomatischen, finanziellen und materiellen Hilfe an die SWAPO bekräftigt, „um diese in die Lage zu versetzen, ihren bewaffneten Kampf für die Befreiung Namibias zu intensivieren.“ Zur gleichen Zeit mußten die südafrikanischen Besatzungstruppen schwere materielle und menschliche Verluste bei dem mißlungenen Versuch hinnehmen, die militärischen Basen der SWAPO in Südanjola in Schutt und Asche zu legen.

Carters durchsichtige Good-Will-Tour

Vor diesem Hintergrund verringern sich die Erfolgsaussichten der Namibia-Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder von Tag zu Tag. Daran vermochte auch die Good-Will-Tour des US-Präsidenten Carter nach Nigeria und Liberia kaum etwas zu ändern. Als besonders befremdlich wurde es in dem nach Saudi Arabien wichtigsten Öllieferland der USA empfunden, daß Carter seine Reise mit einem bisher kaum gekannten antisowjetischen und antikubanischen Trommelfeuer vorbereitete.

Während Carter die solidarischen Unterstützungsaktionen Kubas für in ihrer Souveränität bedrohte afrikanische Staaten als „Aktion von Söldnern“ verunglimpfte, bestand der nigerianische Staatschef Obasanjo darauf, daß die von Washington angestrebte Imageverbesserung in Afrika wesentlich von der Bereitschaft abhängt, einem bindenden ökonomischen Embargo gegen das rassistische Südafrika zuzustimmen. Auch das neue angloamerikanische Konzept, in einer großen Rhodesienkonferenz „alle schwarzen Fraktionen einzubeziehen“, entspricht zwar dem Ziel des imperialistischen Interessenausgleichs (siehe AIB-Aktuell in Nr. 4/1978), schlägt aber den Kernforderungen der Befreiungsbewegung Zimbabwes glatt ins Gesicht (siehe unser nachstehendes Interview mit R. Mugabe).

Wie das in vollem Wortlaut dokumentierte Pressestatement des SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma zeigt, sind die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika heute zu politischen Verhandlungen und tragfähigen Kompromissen bereit. Wenn aber eine Lösung des Konflikts im südlichen Afrika auf dem Verhandlungswege zusehends zum Scheitern verurteilt ist, so liegt das einzig und allein an der fortwährenden ökonomischen und militärischen Lebenshilfe für das rassistische Regime Vorsters und an der dauernden Spekulation des Westens mit politischen Figuren vom Schlage Muzorewas oder Kapuuos, die mit der Mehrheit ihrer Landsleute bestenfalls die Hautfarbe gemeinsam haben. Spätestens auf der Sonder-Vollversammlung der Vereinten Nationen über Namibia im Juni d. J. werden sich dies die Westmächte erneut vorhalten lassen müssen.

Erklärung Sam Nujomas

Die SWAPO billigt keine Verwässerung



Wir haben diese Pressekonferenz einberufen, um Ihnen unsere wohldurchdachte Einschätzung der gegenwärtigen „Nachbarschaftsgespräche“ in New York zu geben, zu denen die SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation, d. Red.) und andere von den fünf westlichen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats eingeladen wurden. Wie Sie wissen, waren diese Gespräche eine Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen, die im April letzten Jahres von den Repräsentanten der Fünf in Verbindung mit den Hauptbeteiligten am Namibia-Konflikt initiiert worden waren, um eine annehmbare Verhandlungslösung in Übereinstimmung mit der Sicherheitsratsresolution 385 (1976) zu finden.

Dieses war die bisher fünfte Gesprächsrunde, die wir mit den Fünf hielten. Sie war deshalb wichtig, weil zum ersten Mal die Außenminister der fünf Regierungen daran teilnahmen.

Verhandlungen: eine Form des Kampfes

Wir diskutierten den ganzen Umfang der Probleme, sowohl hinsichtlich der grundlegenden Prinzipien der Unabhängigkeit als auch der Art und Weise der Machtübertragung an das Volk von Namibia mit der wirkungsvollen Unterstützung der Vereinten Nationen.

Daß die SWAPO die Rolle der Fünf hinnimmt und an diesen Gesprächen teilnimmt, ist hauptsächlich auf zwei Überlegungen zurückzuführen. Erstens, als nationale Befreiungsbewegung betrachten wir Verhandlungen als eine Form des Kampfes. Deshalb sind wir für eine Verhandlungslösung in Namibia unter der Voraussetzung, daß sie auf Aufrichtigkeit beruht und ehrlich durchgeführt wird. Zweitens hat die SWAPO die Initiative der Fünf akzeptiert, weil wir wissen, daß als Haupthandelspartner Südafrikas, sie mit wirtschaftlichen, politischen, strategischen und vielen anderen Verbindungen in einer viel stärkeren Position als irgendein anderer sind, um höchstmöglichen Druck auf dieses Regime auszuüben, damit es seine koloniale und ungesetzliche Besetzung unseres Landes aufgibt. In jedem Gesprächsabschnitt versuchten wir die Fünf davon zu überzeugen, daß so stark wie unser Verlangen ist, unser Land frei und unabhängig zu sehen, wir auch unsere Sorge und Beunruhigung darüber ausdrücken, daß die Interessen des unterdrückten Volkes von Namibia niemals mit den unrechtmäßigen kolonialen Interessen Südafrikas in Namibia gleichgesetzt werden können.

Vor diesem Hintergrund haben wir darauf bestanden, daß die Resolution 385 nicht aus Zweckdienlichkeitsgründen uminterpretiert oder verwässert werden sollte. Deshalb forder-

ten und fordern wir, daß der Übergangsprozeß von den Vereinten Nationen effektiv kontrolliert und überwacht wird. Nach unserer Ansicht kann das nur von denjenigen erreicht werden, die eine wirkungsvolle, materielle Kontrolle über die Situation haben, nämlich von einer wirkungsvollen UN-Präsenz in Namibia, sowohl im militärischen als auch im zivilen Sinn. Jedoch um eine Lösung der Namibiafrage zu erzielen, die sowohl für das Volk von Namibia als auch für die internationale Gemeinschaft annehmbar ist, haben wir immer wieder versucht, Kompromisse zu schließen und sogar weitreichende Zugeständnisse einzuräumen.

Streitpunkte südafrikanische Truppenpräsenz . . .

Es muß in Betracht gezogen werden, daß der Erfolg dieser Gespräche nicht allein von uns abhängt. Die andere Seite war bis jetzt nicht willens, ihre kolonialen Pläne zu ändern, und als Ergebnis davon gab es bisher keine Möglichkeit, den Abgrund zwischen den Positionen der SWAPO und Südafrikas in einigen entscheidenden Fragen zu überbrücken. Tatsächlich besteht Südafrika noch immer darauf, die beherrschende Rolle während der Übergangsperiode in Namibia einzunehmen. Das Regime verlangt beispielsweise, daß mehrere Bataillone seiner Kampftruppen in strategischen Punkten vom Atlantischen Ozean bis nach Katima Mulilo stationiert werden sollen. Zusätzlich besteht Südafrika darauf, mehr als eine Division seiner Streitkräfte in Walvisbay zu behalten, unter dem Vorwand, Walvisbay sei Teil Südafrikas. Diese Forderungen anzunehmen, bedeutete unserer Ansicht nach, das Wesen der Resolution 385 zu leugnen, die besonders die folgenden vier Hauptschritte als Lösungsweg festsetzte:

1. Abzug der illegalen Verwaltung, einschließlich aller südafrikanischen Truppen;
2. Freilassung aller politischen Gefangenen Namibias, die von Südafrika inhaftiert sind;
3. Anerkennung der territorialen Unverletzlichkeit und der nationalen Einheit Namibias durch Südafrika;
4. Abhalten von Wahlen unter der Schirmherrschaft und Kontrolle der UNO.

Um diese vier Hauptschritte der Resolution 385 durchzuführen hatte die SWAPO während den vorhergehenden Gesprächsrunden vorgeschlagen, daß, als eine grundlegende Vorbedingung für freie, gerechte und demokratische Wahlen, alle südafrikanischen Truppen aus Namibia abgezogen werden sollten. Nachdem wir jedoch in Betracht gezogen hatten, daß die fünf westlichen Regierungen darauf bestanden, daß

eine symbolische Streitmacht von 1500 südafrikanischen Soldaten während des Wahlvorgangs unter der Kontrolle und der Überwachung der UN-Friedenstruppe in Namibia bleiben könne, machten wir in dieser Hinsicht Zugeständnisse, um Fortschritte in diesen schwierigen Verhandlungen für eine friedliche Lösung des Namibiaproblems zu ermöglichen.

Nach allem was die SWAPO weiß, sind etwa 50 000 südafrikanische Soldaten in Namibia stationiert. Wir schlugen vor, daß mit Ausnahme von 1500 Soldaten alle diese Truppen innerhalb von drei Monaten nach dem Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Südafrika und der SWAPO abgezogen werden sollten. Die SWAPO erklärt sich damit einverstanden, daß ihre eigenen Truppen den Einschränkungen, der Oberaufsicht und der Überwachung der UN-Friedenstruppe in Namibia unterstellt werden, um zu sichern, daß das Waffenstillstandsabkommen wirkungsvoll beachtet wird.

... und Annexion von Walvisbay

Nach Ansicht der SWAPO muß der Abzug der südafrikanischen Truppen, mit Ausnahme der sogenannten symbolischen Streitmacht, die Auflösung der Stammesverwaltungen der Bantustans, der Sicherheitskräfte, der Bürgerwehren, der Stammesarmeen, der Kommandos und Jagdvereine einschließen. Da die südafrikanische Polizei paramilitärischen Charakter hat und Teil der südafrikanischen Armee ist, muß sie entwaffnet und unter die Einsatzkontrolle des UN-Sonderbeauftragten zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung gestellt werden.

Bei Antritt seiner Pflichten und Verantwortlichkeiten muß der UN-Sonderbeauftragte die Freilassung der politischen Ge-

fangenen innerhalb von zwei Wochen garantieren.

Angesichts der riesigen Ausmaße der zu erfüllenden Aufgaben schlägt die SWAPO vor, daß die beabsichtigte Übergang-Hilfsgruppe der Vereinten Nationen (UNTAG) aus einer Gruppe von nicht weniger als 1000 Zivilisten sowie einer UN-Friedenstruppe von nicht weniger als 5000 Soldaten bestehen sollte. Die beiden obengenannten Abteilungen der UNTAG sollten unter der Befehlsgewalt und Leitung des UN-Sonderbeauftragten stehen.

Während viele Einzelheiten in Verfahrensfragen im Hinblick auf das Zustandekommen eines Abkommens noch geklärt werden müssen, gibt es zwei Hauptprobleme, die gelöst werden müssen: Zum einen die Weigerung Südafrikas, seine Truppen auf 1500 zu verringern und sie von Stellungen im Norden, im zentralnördlichen und nordöstlichen Teil Namibias zurückzuziehen, wo diese faschistischen Truppen mit außerordentlicher Brutalität und mit Terror gegen unser Volk vorgehen. Das andere Problem ist das von Walvisbay.

Bestrebt seine Position in Namibia zu festigen, während es gleichzeitig vorgibt, es ziehe sich zurück, hat Südafrika im August letzten Jahres ein Gesetz zur Annexion von Walvisbay erlassen. Das war ein berechnender Aggressionsakt, um ein unabhängiges Namibia zu erpressen. Die Annexion von Walvisbay macht Namibia zu einem unnatürlichen Gebiet, das vom Land eingeschlossen ist.

Die aufeinanderfolgenden kolonialen Übergriffe, wodurch diese anachronistischen und falschen Ansprüche gemacht werden, konnten und sind vom Volk von Namibia niemals akzeptiert worden. Für die SWAPO ist Walvisbay ein unverletzlicher Teil Namibias und kein Verhandlungsgegenstand.

(Quelle: SWAPO of Namibia, Informations & Comments, Stockholm, Nr. 1/März 1978)

ISSA wissenschaftliche Reihe

4

Gottfried Wellmer:
Südafrikas
Bantustans –
Geschichte, Ideologie
und Wirklichkeit

„Die Analyse von Gottfried Wellmer bietet zum Problem der 'Bantustans' alle wesentlichen Hintergrundinformationen und zudem die erste kritische und zugleich allgemein verständlich geschriebene Darstellung in deutscher Sprache über die Politik der 'getrennten Entwicklung'. Es ist zugleich eine Geschichte Südafrikas aus der Sicht der entrechteten und unterdrückten Mehrheit, indem es auf die Kontinuität von Unterdrückung und Widerstand verweist.“ (Publik-Forum)
XXII/173 Seiten, DM 8,00
Bonn, September 1976
ISBN 3 921614 29 5

5

Gottfried Wellmer,
Ulrich Weyl, Francis
Wilson, Harald Wolpe
u.a.:

Wanderarbeit
im Südlichen Afrika

Die in diesem Band gesammelten Studien untersuchen den Zusammenhang zwischen dem seit über hundert Jahren bestehenden und expandierenden System der Wanderarbeit und der Homeland-Politik des Apartheid-Staates Südafrika in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.
263 Seiten, DM 8,00
Bonn, Oktober 1976
ISBN 3 931614 30 9

Falls Sie
die Zeitschrift
nicht zerschneiden wollen:
Postkarte an issa genügt.
Absender nicht vergessen!

6

Dokumente der
Südafrikanischen
Befreiungsbewegung
– von 1943 bis heute –

Dieser Band zeigt dokumentarisch die historische Entwicklung der Befreiungsbewegung Südafrikas anhand der programmatischen Erklärungen der verschiedenen politischen Organisationen des südafrikanischen Widerstands auf und liefert damit Materialien, die eine sachgerechte Beurteilung ermöglichen.
256 Seiten, DM 10,00
Bonn, Oktober 1977
ISBN 3 921614 32 5

7

Namibia – Geschichte
und Gegenwart
Zur Frage der
Unabhängigkeit einer
Siedlerkolonie

Eine umfassende Darstellung der historischen Entwicklung und der sozio-ökonomischen Struktur der ehemaligen deutschen Kolonie 'Südwest-Afrika'; dazu eine ausführliche Analyse der 'Turnhallen'-Verfassungsgespräche und der Initiative der fünf Westmächte im Sommer 1977.
262 Seiten, DM 9,00
Bonn, Oktober 1977
ISBN 3 921614 36 8

8

FRELIMO:
Dokumente
des III. Kongresses

Dieser Band enthält die auf dem III. Kongress der FRELIMO vorgelegten Berichte, Erklärungen und Analysen der Lage in Mosambik zwei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit. Die Dokumentation ermöglicht es, die revolutionäre Grundhaltung der FRELIMO und des Volkes von Mosambik bei der Lösung der Probleme des Landes im Übergang zum Sozialismus verstehen und beurteilen zu können.
ca. 180 Seiten, DM 7,00
Bonn, Dezember 1977
ISBN 3 921614 37 6

Hiermit bestelle ich:

.....Expl.(e) wissenschaftliche Reihe Nr. 4

.....Expl.(e) wissenschaftliche Reihe Nr. 5

.....Expl.(e) wissenschaftliche Reihe Nr. 6

.....Expl.(e) wissenschaftliche Reihe Nr. 7

.....Expl.(e) wissenschaftliche Reihe Nr. 8

eine Bücher- und Materialliste der issa (kostenlos!)

Unterschrift: _____

issa

Informationsstelle
Südliches Afrika e.V.
Buschstraße 20
5300 Bonn 1
Tel 02221/213288

Name: _____

Adresse: _____



Gespräch mit Robert Mugabe

Smith als Kriegsverbrecher richten!

FRAGE: In einer kürzlich erschienenen Ausgabe veröffentlichte die Londoner Wochenzeitung Sunday Times Aussagen von Missionaren, die auf Foltern und massive Unterdrückung durch die Sicherheitskräfte von Ian Smith hinweisen, deren Opfer die Bauern von Zimbabwe sind. Die Sunday Times schätzte ein, daß, wie man erwarten mußte, diese Repression „die Bauern radikalisiert“ hatte und daß es schwierig sei, sich unter diesen Bedingungen die Abwicklung eines normalen „Wahlvorgangs“ vorzustellen . . .

R. MUGABE: In der Tat. Denn wenn auch der Feind immer noch die Lufthoheit hat und im Augenblick weiter Bomben werfen kann, weiß man doch, daß 3/4 des Landes heute befreite Gebiete sind . . .

Drei Viertel Zimbabwes befreite Gebiete

FRAGE: Der Salisbury-Korrespondent der Johannesburgener Wochenzeitung Financial Mail, eines der seriösesten Organe der Großfinanz Südafrikas, brachte kürzlich ausgezeichnete Nachrichten. Insbesondere schrieb sie am 24. 2. 1978 in einem Artikel unter der Überschrift „Der Krieg rund um Salisbury“: „Die Administration der Regierung war aus den Fugen, Brücken waren zerstört worden, Telefonleitungen zerschnitten . . . Dies sind immer auffälligere Zeichen, daß Smith im Begriff ist, den Guerillakrieg auf dem rhodesischen Land zu verlieren und daß die Regierungstruppen vielleicht den Druck gegen die ZANLA (Armee der ZANU – Afrikanische Nationalunion vom Zimbabwe von Mugabe) und der ZRPA (militärischer Flügel von Nkomos ZAPU – Afrikanische Volksunion von Zimbabwe) nicht aufrechterhalten können. Man bestätigt ebenfalls, daß die Anhängerschaft von Bischof Abel Muzorewa sich in den ländlichen Gebieten abzuschwächen beginnt, was an den Erfolgsmöglichkeiten eines Aufrufs an die Schwarzen Zweifel erweckt, die Waffen niederzulegen und die Vereinbarung, die er am Ende mit Smith treffen wird, wie sie auch sei, zu unterstützen . . .“

R. MUGABE: Das sind in der Tat ausgezeichnete Nachrichten, die unseren Optimismus rechtfertigen . . . Es gibt jedoch noch bessere. Auch die Städte Bulawayo und Salisbury entgehen der Aktion unserer Guerillas nicht, und das, obwohl Smith gerade eine rigorose Ausgangssperre rund um die Uhr verordnet hat.

Der Nordosten des Landes (Motoko und die Gegend um den Berg Darwin herum) entgleitet der Kontrolle des Besatzers, d. h. er ist praktisch befreit. In der Gegend von Gutu (im Norden von Fort Victoria) haben die Bauern aufgehört, Steuern zu zahlen, die Brücken sind zerstört worden, die Telefonleitungen gekappt, die koloniale Administration völlig zerstört.

FRAGE: Können Sie uns ein wenig von Ihnen erzählen?

R. MUGABE: Ich bin bei den Katholiken erzogen worden.

Ich habe gelernt, die christlichen Prinzipien zu beachten. Wenn Sie sagen: „Liebe Deinen Nächsten“ gerät dies nicht in Widerspruch zur marxistischen Philosophie. Ich finde übrigens überhaupt keinen Unterschied zwischen dem Ideal des Christentums und der marxistischen Praxis.

Und da ich ein Mann bin, der immer das Ideal mit der Praxis zu verbinden sucht, bin ich heute ein Marxist, ja sogar ein Marxist-Leninist.

FRAGE: Sie sind also Sozialist. Welches Modell von Sozialismus schlagen Sie für ein befreites Zimbabwe vor? Handelt es sich um einen afrikanischen Sozialismus?

R. MUGABE: Einen wissenschaftlichen Sozialismus . . .

FRAGE: Haben Sie ein Modell?

R. MUGABE: Wenn man unbedingt von Modell sprechen muß, würde ich sagen, daß Zimbabwe unser Modell ist . . . Es muß uns beim Aufbau einer neuen Gesellschaft inspirieren. Wir sind unser eigenes Ideal. Nichtsdestoweniger denke ich, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß die Prinzipien des Sozialismus (ich spreche natürlich vom wissenschaftlichen Sozialismus) einen universellen Charakter haben. Aber ihre Anwendung ist unterschiedlich. Um genauer zu sein, würde ich sagen, daß ich in Afrika an der Anwendung dieser Prinzipien nichts zu bemängeln habe, besonders hier in Moçambique durch die FRELIMO oder in Angola durch die MPLA. Zimbabwe hat seine eigene Geschichte, besondere Bedingungen, die aus ihm ein Land machen, das verschieden von anderen ist; und dies muß alles in Erwägung gezogen werden, wenn es sich darum handeln wird, die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus in die Tat umzusetzen. Denn natürlich werden wir diese Prinzipien, deren überzeugte Anhänger wir sind, nicht auf einen Schlag anwenden. Es wird notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Übergangsperiode geben, während der wir eine Situation des provisorischen Kompromisses mit dem Kapitalismus akzeptieren werden. Einige Sektoren unserer Ökonomie werden weiterhin nach den Prinzipien der liberalen Ökonomie betrieben werden. Bis zu dem Moment, in dem das Volk intellektuell und psychologisch auf Änderungen vorbereitet sein wird.

Die Bodenfrage – ein Klassenproblem

FRAGE: Und das Problem des Bodens? Wie gedenken Sie es zu lösen? Und wie sehen Sie die Zukunft für die weißen Siedler? Muzorewa und Sithole haben für ihren Teil schon ihre Wahl getroffen, die Beibehaltung des Status Quo. Sie haben sich verpflichtet, das Privateigentum am Boden zu respektieren, was den Siedlern den größten Teil des kultivierbaren Bodens läßt.

R. MUGABE: Sie sehen das grundsätzliche Problem, das uns unterscheidet. Es ist ein Klassenproblem.

Der Boden muß dem Staat gehören, der der Wächter der Interessen des Volkes ist. Ich spreche natürlich von einem Staat des Volkes, der den Aufbau von Kollektivfarmen anregt usw. Welcher Platz würde dann den weißen Farmern zugestehen? Diese müssen ihre Rolle an der Seite der afrikanischen Farmer haben, dürfen aber keine privilegierte Klasse bilden. Anders gesagt, sie müssen sich in die Gesamtheit des sozialen Systems integrieren. Sehen Sie, schon ein Ausgangspunkt. Daneben bedarf es der vollen Mitwirkung des Volkes an der Leitung und der Kontrolle dieser neuen Strukturen. Wohin gehen die Profite? Das ist eine andere Frage, die ebenfalls beantwortet werden muß. Zunächst wird das Individuum den Ertrag seiner Arbeit erhalten. Dann wird ein Prozeß in Gang gesetzt werden, der es erlaubt, daß die Profite dem gesamten Volk zukommen.

FRAGE: Denken Sie, daß in diesem Fall die weißen Siedler in Zimbabwe bleiben werden?

R. MUGABE: Ich weiß nicht. Das ist eine Frage, die man meiner Meinung nach später beantworten muß. Ich glaube unterdessen, daß gewisse weiße Siedler sich an die neue Situation anpassen. Die meisten werden es vielleicht vorziehen, auszuwandern . . . nach Lateinamerika oder anderswohin, ich weiß nicht . . .

Was wir mit Sicherheit wissen, das ist, daß es sich für uns nicht darum handelt, den kolonialen Staat zu afrikanisieren, sondern ihn zu zerstören.

Es handelt sich nicht darum, die Weißen, weil sie eine weiße Haut haben, durch Schwarze, weil sie eine schwarze Haut haben, zu ersetzen: Es wird in Zimbabwe nicht den kleinsten Platz unter der Sonne für rassistische Weiße geben, noch für die Weißen, die sich an die Privilegien klammern, die sie sich in unserem Land dank der Tatsache bewilligt haben, daß sie eine weniger pigmentierte Haut haben als die der Schwarzen.

Smith vor ein Volksgericht!

Die Weißen können nicht als getrennte Gruppe behandelt werden. Das wäre die Negation des nichtrassischen Charakters der Gesellschaft, die wir aufbauen wollen. Die Weißen müssen ins Volk integriert werden, die Afrikaner, die Farbigen, die Inder usw. Kurz, die Weißen müssen bereit sein, an der neuen Gesellschaft zu partizipieren, als Teile der Bevölkerung, ohne Beachtung der Farbe ihrer Haut oder ihrer historischen Privilegien. (. . .)

FRAGE: Ian Smith hat seinen Wunsch geäußert, im unabhängigen Zimbabwe als einfacher Bürger zu leben, ja vielleicht sogar als einfacher Abgeordneter in der neuen Volksversammlung. Was halten Sie davon?



Smith und Muzorewa (l.) bei der Unterzeichnung der "internen Lösung"

R. MUGABE: Das kommt überhaupt nicht in Frage! Smith und seine direkten Mitarbeiter sind Kriegsverbrecher. Smith ist verantwortlich für den Tod von Tausenden und Abertausenden von Unschuldigen. Er hat eine Politik des Völkermords gegen ein ganzes Volk praktiziert und praktiziert sie heute noch. Wie können Sie wollen, daß man ihn unter diesen Bedingungen in Frieden leben läßt? Wenn wir ihn lebend erwischen im Augenblick, in dem wir die Macht ergreifen, wird er von einem Volksgericht abgeurteilt werden und, ich hoffe sehr, erschossen.

FRAGE: Muzorewa und Sithole haben kürzlich erklärt, daß sie einen Pluralismus der politischen Parteien im unabhängigen Zimbabwe wollen. Sie haben das Einparteiensystem verurteilt, das nach ihrer Meinung nach für die Krankheiten, unter denen der afrikanische Kontinent leidet, verantwortlich ist.

R. MUGABE: Wir haben mit unseren Partnern von der ZAPU Gespräche angeregt, mit der Absicht, die Patriotische Front in eine Partei umzuwandeln. Ich habe also überhaupt kein Vorurteil gegen ein Einparteiensystem, sofern dieses die volle Teilnahme des Volkes erlaubt.

Das Beispiel von FRELIMO und MPLA

Das Beispiel der FRELIMO, der von Samora Machel geführten marxistisch-leninistischen Partei, zeigt, daß wenn nötig ein afrikanischer Staat, regiert von einer einzigen Partei, zu gleicher Zeit ein im vollen Sinn des Wortes demokratischer Staat sein kann, ein Staat, der die tiefen Sehnsüchte eines ganzen Volkes achtet.

Wir haben ein lehrreiches Beispiel wirklicher Volksdemokratie hier in Moçambique mit der Einrichtung der Lokal- und Provinzialversammlungen, der Nationalversammlung erlebt, die mit der vollen Teilnahme des Volkes auf verschiedenen Ebenen geschaffen worden sind. In keinem Augenblick wurde die Demokratie verfälscht.

FRAGE: Was denken Sie über die Haltung von Großbritannien oder vielmehr über das Doppelspiel Londons?

R. MUGABE: Außenminister Dr. David Owen hat auf der letzten Zusammenkunft von Malta abgelehnt, daß die Vorschläge, die er selber zusammen mit Andrew Young – im angloamerikanischen Plan – formuliert hatte, die einzige Grundlage der Gespräche seien, die mit der Übergabe der Macht an das Volk von Zimbabwe enden sollen. Mit dieser Weigerung spielt der Minister seiner britischen Majestät bewußt – oder unbewußt – das Spiel von Ian Smith. Er hat damit jene Operation gebilligt, die darauf hinausläuft, das illegale Marionettenregime von Salisbury zu legitimieren! Es ist schade, daß Owen auf ein schlechtes Pferd gesetzt hat, denn die Tage von Ian Smith sind gezählt.

FRAGE: Muzorewa und Sithole (insbesondere der letztere) haben sich verpflichtet, wenn man den westlichen Beobachtern glaubt, eine gewisse Neutralität gegenüber Südafrika zu wahren, wenn sie in Salisbury an die Macht kommen . . .

R. MUGABE: Ich kenne die Position von Muzorewa über diesen Punkt nicht. Aber von Seiten Sitholes erstaunt mich dies kaum, er, der mit Darek Robinson, dem Chef des Special Branch (Geheimdienst) von Ian Smith, zusammenarbeitet und als Ratgeber für politische Angelegenheiten einen ehemaligen CIA-Agenten, Neville Romaine, hat.

Was die ZANU und die Patriotische Front betrifft, teilen wir in Beziehung auf Südafrika die Position der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit, d. Red.) und der Frontstaaten (Angola, Moçambique, Sambia, Botswana, Tansania; d. Red.). Sicher, die Befreiung Südafrikas betrifft das südafrikanische Volk selbst. Aber das unabhängige Zimbabwe wird niemals ein Pufferstaat sein.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 158/3. 4. 1978)

Interview mit Haile Mariam Mengistu

Bereit, nötigenfalls jahrelang zu kämpfen

Im somalisch-äthiopischen Krieg, der am 23. Juli 1977 mit der Invasion Somalias in die äthiopische Provinz Ogaden begann (s. dazu AIB 4/1978), konnten die äthiopischen Streitkräfte mit ihrer im Januar d. J. begonnenen Gegenoffensive nahezu die gesamte Region zurückerobern und die somalischen Aggressoren zurückwerfen. Das somalische Ministerium für Information und Nationale Orientierung teilte dann auch Mitte März mit, daß Somalia alle militärischen Aktionen einstellen wolle. Jedoch steht bis heute eine diesbezügliche definitive Stellungnahme der Regierung Somalias ebenso aus wie eine endgültige Rücknahme ihrer Gebietsforderungen gegenüber Äthiopien, Djibouti und Kenia. Daß innerhalb der somalischen Führung in dieser Frage schwerwiegende Gegensätze aufgebrochen sind, davon zeugt der Putschversuch gegen Staatspräsident Siad Barre am 8. April 1978.

Um diesen Konflikt ein für alle Mal beizulegen, hat die äthiopische Regierung, wie es in einem Kommuniqué des Außenministerium vom März d. J. hieß, Somalia aufgefordert, 1. bedingungslos von allen Gebietsanforderungen an Äthiopien, Kenia und Djibouti Abstand zu nehmen; 2. alle Prinzipien und Beschlüsse der UNO wie der OAU bezüglich der zwischenstaatlichen Beziehungen zu akzeptieren und 3. das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt zur Regelung internationaler Fragen anzuwenden.

Auf Fragen zu den Beziehungen zwischen Äthiopien und Somalia, den Lösungsmöglichkeiten in der Eritreafrage sowie zur wirtschaftlichen und politischen Konzeption seiner Regierung geht in dem nachfolgenden, von der in London erscheinenden Zeitschrift Africa veröffentlichten Interview der Vorsitzende des äthiopischen Revolutionsrates, Mengistu Haile-Mariam, ein.

FRAGE: Das Horn von Afrika, von dem Äthiopien ein wesentlicher Bestandteil ist, ist heute das explosivste Pulverfaß des Kontinents. Während der vergangenen Monate befanden sich die äthiopischen Streitkräfte in schwerem Kampf mit Truppen der Westsomalischen Befreiungsfront sowie mit regulären somalischen Truppen im Ogadengebiet in Äthiopien. Wie würden Sie, Herr Vorsitzender (des Revolutionsrats; d. Red.) den Ursprung dieses Konflikts und speziell die Besetzung des Ogaden durch somalische Truppen erklären?
H. M. MENGISTU: Dazu kann ich sagen, daß es eine bekannte Tatsache ist, daß die Führer Somalias Bestrebungen genährt haben, ihr Gebiet auf Kosten Kenias, Äthopiens und der Republik Djibouti zu vergrößern und ein – wie sie es nennen – „Groß-Somalia“ zu errichten. Dieser Anspruch ist in der Verfassung Somalias enthalten und in der Nationalflagge erkenntlich. Über Jahre hinweg haben die Führer Somalias öffentlich immer wieder diese Politik proklamiert. Es sei zunächst bemerkt, daß Somalias Anspruch auf alle diese Gebiete nichts weiter ist als eine historische, juristische und politische Fiktion. Die Regierung Somalias selbst kann die

historisch belegten und international anerkannten Grenzen ihres Staates nicht zurückverfolgen und belegen, daß ein derartiger Staat, wie sie es behauptet, vor 1960 existierte.

Es gab in der Geschichte keinen Zeitpunkt, zu dem Djibouti, das östliche Äthiopien oder die nordöstliche Provinz Kenias ein Teil von Somalia gewesen wären. Tatsächlich wurden erst im Jahre 1924 Kenia die Provinz Jubaland und der Hafen Kismayu entrissen und von Großbritannien an Italien übergeben. Ähnlich verhielt es sich mit den Somalis, die auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen massenweise nach Djibouti zogen, als die Eisenbahnverbindung Addis Abeba-Djibouti zu Beginn des 20. Jahrhunderts gebaut wurde und der Hafen von Djibouti selbst sich zu einem Zentrum wirtschaftlichen Lebens entwickelte. Im östlichen Äthiopien durchstreiften zwei somalische Nomadenstämme aus dem früheren Britisch-Somaliland – jahreszeitlich bedingt – unser Gebiet auf der Suche nach Wasser und Weideland. Aber Land, auf welchem Somalis arbeiten und leben, kann nicht automatisch als Bestandteil der Republik Somalia betrachtet werden.

Somalias großstaatliche Fiktion

In der Hoffnung, ihre expansionistischen Ansprüche erfüllen zu können, verwandte die somalische Regierung etwa 17 Jahre für militärische Vorbereitungen. Für dieses Ziel schlossen sie sich der Arabischen Liga an; nicht etwa weil das Volk von Somalia als arabisch betrachtet werden könnte, sondern in der Hoffnung, die Unterstützung reaktionärer Regimes unter den arabischen Ländern für ihre ehrgeizigen Ziele gewinnen zu können. Die somalischen Herrscher bezeichneten sich selbst auch als „Marxisten-Leninisten“; nicht, weil sie daran glauben, sondern einzig und allein, um die Unterstützung der sozialistischen Staaten für ihre expansionistischen Bestrebungen zu gewinnen. Als die sozialistischen Staaten sich weigerten, ihre erfundenen Ansprüche zu unterstützen, schwenkten sie über auf die Seite der westlichen Staaten und sprachen von der Gefahr der „sowjetischen Einflußnahme“ auf Äthiopien – wiederum in der Hoffnung, diesmal den Westen für ihre unheilvollen Ziele gebrauchen zu können.

Wie Sie sich erinnern, brach die äthiopische Revolution 1974 aus. Seit dieser Zeit sind wir damit beschäftigt, die alte Ordnung zu zerstören und haben begonnen, an ihrer Stelle den Sozialismus aufzubauen. Sie wissen natürlich, daß, wo immer eine Revolution stattfindet, auch immer die Konterrevolution existiert. Wenn Reaktionäre im Inland operieren, sind ihre natürlichen Verbündeten Kolonialismus und Imperialismus nicht weit entfernt. Aufgrund dieser Tatsache waren Überreste der alten Herrschaft im Nordwesten Äthopiens aktiv. Die Agenten Ali Mirahs operierten im Nordosten Äthopiens und die separatistischen Kräfte kämpften im Norden gegen die äthiopische Revolution. Die früheren

Grundbesitzer trieben das Land an die Schwelle eines blutigen Bürgerkrieges. Anarchisten, Saboteure und CIA-Agenten betrieben Terror in den Städten – alles in der Hoffnung, die Revolution rückgängig machen zu können.

In Somalia ausgebildete Saboteure und Soldaten seiner regulären Armee zerstörten Eisenbahnlinien, Brücken, Industriebetriebe, Farmen, Siedlungsprojekte und ähnliche Anlagen. In einer Zeit, in der Äthiopien von allen Seiten und mit allen Mitteln angegriffen wurde, stellte die Maßnahme der US-Regierung einen Höhepunkt dar; sie ordnete nämlich ein faktisches Embargo für Waffenlieferungen an Äthiopien, für die wir schon bezahlt hatten. Bei dieser innen- und außenpolitischen Lage hätte die somalische Regierung keinen günstigeren Zeitpunkt als den 23. Juli 1977 wählen können, um ihren Angriff auf unser Land zu beginnen. Zu diesem Zeitpunkt waren wir militärisch am wenigsten vorbereitet. Wir waren völlig mit den innenpolitischen Problemen beschäftigt, und aufgrund der Tatsache, daß wir unsere Verteidigungstruppen mit Waffen ausrüsten mußten, die für sie völlig neu waren, gewannen die eindringenden somalischen Truppen die Oberhand.



FRAGE: Wie hoch würden Sie die Verluste schätzen, die Äthiopien während der Kämpfe erlitten hat?

H. M. MENGISTU: Materiell und was die Menschenverluste angeht, sind die Verluste für Äthiopien sehr groß. Aber auf der anderen Seite hat dieser Krieg dem Bewußtsein der Menschen neue Horizonte erschlossen. Ihre bislang unberührten Fähigkeiten werden sichtbar. Ihre Entschlossenheit, die Revolution, die territoriale Integrität und die Einheit des Landes zu verteidigen, ist größer als je zuvor. Überall haben wir jetzt Organisiertheit, Disziplin und Selbstvertrauen. „Wir werden kämpfen, wie wir produzieren und wir werden produzieren, wie wir kämpfen“ ist die gegenwärtige Losung unseres Volkes. Es ist klar, daß wir bereit sind – falls notwendig – jahrelang zu kämpfen.

Enorme Kriegsschäden für Äthiopien und Djibouti

Wenn wir über den materiellen Schaden sprechen, muß man anführen, daß die Eisenbahnlinie Addis Abeba-Djibouti durch die somalische Armee zerstört wurde. Dies hat Auswirkungen auf etwa 60 % des äthiopischen Außenhandels. Da Djibouti und Äthiopien wirtschaftlich voneinander abhängig sind, werden 60 % des Hafenumschlags und 35 % der dortigen Arbeitskräfte ebenfalls betroffen.

Darüber hinaus hat Djibouti jährlich etwa 10 Mio US-Dollar an Hafengebühren eingenommen. Für Djibouti ist diese Einnahmequelle nun versiegt. Ganze Siedlungsprojekte im Wert von mehreren Milliarden Dollar, die mit Hilfe von UN-Mitgliedsstaaten, unserer eigenen Investitionen und Investitionen verschiedener befreundeter Regierungen gegründet worden sind, wurden vernichtet. Farmen, Fabriken, Straßen und Schulen wurden zerstört. Unschuldige und wehrlose Äthiopier sind kaltblütig ermordet worden.

FRAGE: Wird die äthiopische Armee den Krieg als Vergeltungsmaßnahme auf das Gebiet der Republik Somalia ausweiten? Was schlagen Sie als Lösung dieses langwierigen Konflikts vor?

H. M. MENGISTU: Was die Vergeltungsmaßnahmen angeht – warum sollte Äthiopien Somalia angreifen? Wir haben keine Pläne für territoriale Expansionen auf Kosten eines unserer Nachbarn, einschließlich Somalias. In dem Glauben, daß die Führer Somalias Menschen mit Grundsätzen und Charakterfestigkeit sind, haben wir ihnen die Hand zu Freundschaft und Zusammenarbeit in der Überzeugung gereicht, daß Kooperation besser als Konfrontation sei. Wir ergriffen sogar die Initiative und machten ihnen eine Reihe von Vorschlägen zum Wohl und Nutzen beider Länder: Vorschläge zum Aufbau einer gemeinsamen wirtschaftlichen Infrastruktur, Vorschläge zur Urbarmachung des Wabi Shebele- und des Jubafusses für die Besiedlung, Vorschläge für landwirtschaftliche und industrielle Vorhaben, Vorschläge für die Ausweitung des Handels, Vorschläge für die Zusammenarbeit auf sozialem und kulturellem Gebiet im allgemeinen, sowie für die Normalisierung der Beziehungen im besonderen.

Als Grundlage für eine langfristige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit schlugen wir sogar eine Konföderation für die Region vor. Anstatt jedoch auf diese konstruktiven Vorschläge positiv zu antworten, hielt die somalische Regierung unsere Aufrichtigkeit für Schwäche und entfesselte einen Angriffskrieg gegen Äthiopien. Wir halten ihr Handeln für einen Versuch, ihre Bedürfnisse nach territorialer Verroberung zu befriedigen, wobei sie den unheilvollen Plänen des internationalen Imperialismus, die äthiopische Revolution umzukehren, dienen. (. . .)

FRAGE: In den vergangenen Monaten haben Sie, Herr Präsident, eine bedeutend ausgeweitete Unterstützung durch die Sowjetunion erhalten.

H. M. MENGISTU: Wie Sie wissen, wird gegenwärtig eine allseitige Aggression gegen das sozialistische Äthiopien durch Somalia und reaktionäre benachbarte Regimes begangen, unterstützt und angestiftet vom internationalen Imperialismus. Angesichts all dessen ist es Äthiopiens legitimes und unbestreitbares Recht, Hilfe von Ländern seiner eigenen Wahl zu erbitten. Der Grundsatz, daß alle friedliebenden Länder der Welt jedem Land, welches Opfer einer Aggression wird, jede nur mögliche Unterstützung gewähren sollten, ist eindeutig in den Satzungen der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) festgelegt.

Entsprechend hat Äthiopien die fortschrittlichen, friedliebenden und sozialistischen Länder um Waffen und andere Unterstützung gebeten, um sich vor der äußeren Aggression zu verteidigen. Da Äthiopien die notwendige Unterstützung durch Waffen, hauptsächlich aus der Sowjetunion, erhalten hat, ist es nur einleuchtend, daß wir militärisches Personal als Ausbilder von unseren Freunden, der Sowjetunion und Kuba, bei uns haben. (. . .)

FRAGE: Hat Ihre Regierung konkrete Pläne für eine friedliche Beilegung des Konflikts mit den eritreanischen Aufständischen?

H. M. MENGISTU: Wir sind durchaus imstande, unsere inneren Probleme friedlich zu lösen. Die äthiopische Revolution hat ein bestimmtes Programm für die breiten Massen in Äthiopien, einschließlich derer im Verwaltungsgebiet von Eritrea. Mit dem Programm der Nationaldemokratischen Revolution (Wortlaut in AIB 11-12/1976, S. 35/36) wurde den verschiedenen Nationalitäten in Äthiopien das unveräußerliche Recht gegeben, vollständig an der Bestimmung ihrer sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Zukunft im Rahmen des Konzepts vollständiger regionaler Autonomie mitzuwirken. Zu diesem Zweck wurde am 16. Mai 1976 die „Neun-Punkte-Friedens-Politik“ verkündet, um das Problem im Verwaltungsgebiet Eritrea in Übereinstimmung mit den im Programm der Nationaldemokratischen Revolution niedergelegten Grundsätzen zu lösen.

Die Antwort der anderen Seite jedoch war nicht positiv und zwar genau deshalb, weil diese separatistischen Bewegungen unter der Kontrolle arabischer und anderer ausländischer Interessen stehen. Das Problem in diesem Gebiet kann nur gelöst werden, wenn die reaktionäre und imperialistische Einmischung von außen gestoppt wird. Was uns betrifft, wir werden unsere Bemühungen um eine friedliche Lösung des Problems fortsetzen.

FRAGE: Von ihren Befürwortern wurde die äthiopische Revolution als ein begrüßenswerter Prozeß der Veränderung eingeschätzt. Ihre Verleumder und Gegner haben dagegen die Meinung geäußert, daß ihre Erfolge bislang die Opfer an Menschenleben und Menschenrechten nicht rechtfertigen. Würden Sie, Herr Vorsitzender, dazu bitte Stellung nehmen?



H. M. MENGISTU: Seit dem Fall des korrupten und unterdrückenden Feudalsystems gab es seitens einiger westlicher Stellen ein permanentes Geschrei über den angeblichen Mißbrauch der Menschenrechte in Äthiopien.

Während der Kampf um die endgültige Durchsetzung der Ziele unserer Revolution immer intensiver wird, wird gleichermaßen auch dieser wohldurchdachte Angriff verstärkt, um die Unterstützung seitens der progressiven, friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Welt, derer Äthiopien sich erfreut, zu erschüttern und um unseren Kampf gegen Imperialismus, Feudalismus und Neokolonialismus zu untergraben. Die gleichen Länder schwiegen nicht nur in schamloser Weise angesichts der ungeheuren Verletzung der Menschenrechte, die unter dem untergegangenen Feudalregime an der Tagesordnung waren, sondern ermunterten und unterstützten Verletzungen sogar aktiv durch die Unterhaltung enger Verbindungen mit diesem Unterdrückungssystem.

Unser Kampf ist weder auf ethnische noch auf andere eng begrenzte Interessen begründet. Unser Kampf ist ein durchdachter und wissenschaftlich begründeter Versuch, die Macht der reaktionären Kräfte zu neutralisieren, die versuchen, unsere Revolution unmittelbar in ihrer Geburtsstunde zu zerstören. Diejenigen, deren unrechtmäßig erworbener Reichtum, Status und autokratische Herrschaft rechtmäßig enteignet wurde, haben darauf reagiert und ihre Reaktion wird erfolgreich durch die breiten Massen bekämpft. In diesem Kampf floß unglücklicherweise und unvermeidbar auch Blut.

Menschenrechte für Beraubte und Unterdrückte

Reaktionäre arabische Regimes und imperialistische Mächte haben konterrevolutionäre Elemente organisiert und finanziert, so z. B. die EPRP (trozkistisch-anarchistische Äthiopische Revolutionäre Volkspartei, d. Red.), EDU (Äthiopische Demokratische Union), ELF (Eritreanische Befreiungsfront), EPLF (Eritreanische Volksbefreiungsfront). Sie hatten vor, die Revolution durch die Zerstückelung und Schwächung Äthiopiens zu ersticken. Diese Elemente haben eine ganze Reihe von Terrorakten in allen Landesteilen begangen. Angesichts des von den konterrevolutionären Elementen durchgeführten Terrors war der Provisorische Militärische Regierungsrat – wie jede andere Regierung – gezwungen, gesetzliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu ergreifen. Doch diese Maßnahmen, die lediglich eine Antwort auf konterrevolutionäre Aktivitäten waren, wurden von den Feinden unserer Revolution, so den imperialistischen Staaten, ungeheuer verzerrt als eine grobe Verletzung der Menschenrechte dargestellt.

Die Ironie der Situation liegt darin, daß die gleichen Staaten selbst aktiv die Unterdrückung der Menschenrechte in weiten Teilen der Welt und besonders in Südafrika unterstützen. Unser Kampf dagegen ist die Widerspiegelung unseres Strebens nach Gerechtigkeit und grundlegenden Menschenrechten, nach der Würde des Menschen und nach gleichen Rechten für Männer und Frauen. Wir kämpfen gegen die Kräfte, die heftig gegen die Gleichberechtigung der Menschen ankämpfen und deshalb in viele Akte von Einschüchterung, Terror und Mord verwickelt sind.

Die Revolution hat eine Verpflichtung gegenüber den seit Jahrhunderten Beraubten und Unterdrückten. Ihr Ziel ist es, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, in der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und die Achtung der Menschenrechte herrschen. Es ist ungerecht und in der Tat widersprüchlich, uns der Verletzung der grundlegenden Prinzipien anzuklagen, die wir ja gerade in Ehren halten und für deren Durchsetzung wir kämpfen.

(Quelle: Africa, London, Nr. 79/März 1978)

Wolfram Brönner Israels "Endlösung" im Libanon



Israelische Invasoren; Bombardements auf Tyrus (r.)

Mit der am 15. März 1978 eröffneten israelischen Invasion in den Südlibanon hat die Begin-Regierung am Vorabend des 30. Jahrestages Israels eine Visitenkarte vorgezeigt, die jenen von Sadat miterweckten Schein der Friedenswilligkeit als bloßes Trugbild entlarvt. Es ist die Visitenkarte einer Politik der militärischen Stärke und des Expansionismus: Nach der Unterdrückung des nationalen Selbstbestimmungsrechts des arabischen Volkes von Palästina 1948/49 – übrigens mit der jordanischen Haschemitendynastie – und dem Eroberungskrieg 1967 halten Israels herrschende Kreise nunmehr Territorien aller arabischen Nachbarstaaten besetzt, fügten sie den 2 Mio vertriebenen arabischen Palästinensern ein Heer von weiteren 265 000 libanesisch-palästinensischen Vertriebenen hinzu. Über 2000 zivile Todesopfer forderte Israels neues Kriegsabenteuer, das zwar vorerst auf den Südlibanon beschränkt blieb, aber die akute Gefahr einer Ausweitung zum 5. Nahostkrieg in sich birgt.¹

„Man muß die PLO ausradieren“

Israels zionistische Führer machten kein Hehl daraus, daß der Südlibanonkrieg nicht etwa als „Vergeltungsschlag“ auf die palästinensische Kommandoaktion vom 11. März zu verstehen sei, die auf der Straße von Haifa nach Tel Aviv zahlreiche militärische und zivile Opfer forderte. Sie diene nur als willkommenen Vorwand, um eine von langer Hand geplante Großoffensive gen Libanon zu nutzen, Verteidigungsminister General Weizmann deklarierte sie von vornherein zur Endlösung: „Man muß mit der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation, d. Verf.) Schluß machen. Man muß sie wahrhaftig ausradieren.“ Geradeso kündete Israels UN-Sprecher Herzog, der als eigentliches Ziel der Aggression

angab, man wolle die an „Israel grenzenden Gebiete ein für allemal von der PLO säubern“.²

Der mit 37 000 Mann zu Lande, zur See und zur Luft gleichzeitig auf der ganzen Breite des Südlibanon vorgetragene Einmarsch der israelischen Armee geht indessen über die Absicht der Liquidierung der Militärbasen der PLO – sie sind abgesehen von den Flüchtlingslagern großteils südlich des Litaniflusses konzentriert – hinaus. Denn die israelischen Flächenbombardements – unter Einsatz von Napalm- und Kugelbomben – vornehmlich auf nichtmilitärische Objekte, auf Wohnviertel wie palästinensische Flüchtlingslager ließen unter den Trümmern wehrlose Zivilisten zurück. In dem Dorf Abbasiyes, 4 km südlich der Küstenstadt Tyrus, starben allein 140 Menschen, meist Frauen und Kinder. Den Pfad systematischer Zerstörung und Vernichtung beschränkten, unterstützt von den „christlichen“ libanesischen Rechtsmilizen, israelische Artillerie-, Panzer- und Infanterieeinheiten: Nahe Tyrus ermordeten sie 23 libanesische Autoinsassen, die sich auf der Flucht nach Norden befanden. Im erst nach heftigem Widerstand eroberten El Khiam trieben sie 80 Einwohner zusammen, um sie meuchlings zu ermorden. Für amerikanische Beobachter operieren die Invasoren nach dem Muster der „verbrannten Erde“, wie es die US-Aggressoren im Vietnamkrieg vorexerzierten: „Konzentriertes Sperrfeuer, um die eigenen Verluste niedrig zu halten und alles teuflisch hinwegzufegen, seien es Gegner oder Zivilisten.“³ Haupteffekt ist die kalkulierte Erzeugung einer Panikstimmung unter der libanesisch-palästinensischen Zivilbevölkerung, was eine Massenflucht von Hunderttausenden gen Norden auslöst.

Israels herrschende Kreise suchen die volle Kontrolle über den gesamten Raum südlich der sog. „Roten Linie“ des Litani herzustellen. Ihre brutale Art verrät die Handschrift von Re-



Fotodokument eines israelischen Besatzerverbrechens im Südlibanon, festgehalten von Foto-reportern der finnischen Zeitschrift Suomen Kuvalehti: Israelische Invasionssoldaten haben zwei palästinensische Gefangene mit Augenbinden und Fesseln "präpariert" (l.), um sie nach ihrer Erschießung zuzudecken (r.)

gierungschef Begin, der im Jahre 1948 das Massaker von Deir Yassin (Ermordung von 250 arabischen Zivilisten) befehligt und als unverzichtbaren „Sieg“ auf dem Wege zur Staatsgründung Israels gerechtfertigt hatte; in der Tat war sie damals panikmachender Auslöser für die Vertreibung bzw. Flucht von über 900 000 arabischen Palästinensern.

Um jetzt die militärpolitische Kontrolle im okkupierten Südlibanon festzuschreiben, sucht Israel seine Besetzung – entgegen der Forderung des UN-Sicherheitsrats vom 18. März auf unverzüglichen Rückzug – möglichst lange hinauszuzögern und in aller Eile im „gesäuberten“ Gebiet einen neuen israelisch-rechtslibanesischen Verwaltungsapparat zu installieren. Inzwischen gab der Kommandeur der Rechtsmilizen, Major Haddad, die Gründung einer „Südlbanesischen Armee“ bekannt, die nach der israelischen Pfeife tanzt und von Tel Aviv aufgebaut wird. Die israelisch-rechtslibanesischen Militäralianz geht freilich bereits auf ein im Sommer 1976 getroffenes Geheimabkommen zurück, dem neben umfangreicher Ausbildung die Lieferung modernster Waffen wie automatischer US-Handfeuerwaffen, Sherman-Panzer, Hubschrauber und Kriegsschiffe folgte.

Dieses militärische Aufbauprogramm im sog. Fatahland wurde hinter dem Rauchsleier humanitärer Hilfe Israels für die christliche südlbanesische Bevölkerungsminderheit, der Aktion „offene humanitäre Grenze“ verborgen. Jetzt verordnete Kommandeur Haddad unter dem Schirm der israelischen Besetzung eine Wehrpflicht für alle zwischen 18 und 45 Jahren verbliebenen männlichen Bewohner des Südlibanon. Die israelischen Besatzer gehen Hand in Hand mit den Rechtsmilizen auf Verfolgungsjagd gegen alle progressiv-verdächtigen Kräfte und stellen ergänzend Vorbedingungen für die rückkehrwillige vertriebene Zivilbevölkerung, um jene nach Norden vertriebenen Flüchtlinge, die bekanntlich in ihrer Überzahl die nationalprogressive libanesischen Bewegung und die palästinensische Resistance unterstützen, an einer Wiedereingliederung in ihre vielfach zerstörten Heimatorte zu hindern. Ganz gleich ob die Begin-Regierung den von der libanesischen Rechtsallianz geforderten südlbanesischen Separatstaat billigen oder eine Marionettenverwaltung unter israelischer Besetzung beibehalten wird, bringt die israelische Vorherrschaft in diesem Teil des Libanon für das vom Krieg 1975/76 noch gezeichnete Land⁴ eine weitere Komplizierung und neue Vertiefung der Krisensituation mit

sich.

Dahinter verbirgt sich das Bestreben Israels, die Gesamtsituation im Nachbarland Libanon zuungunsten der palästinensisch-nationalprogressiven Kräfte und Syriens zu verändern. Dies betrifft nicht nur die nördlich der „Roten Linie“ seit dem Ausgang des Libanonkrieges Ende 1976 stationierte Arabische Friedensstreitmacht, von deren 30 000 Soldaten etwa 25 000 syrischer Herkunft sind und die den sich vor den übermächtigen israelischen Invasoren zurückziehenden palästinensischen Partisanenverbänden wichtigen Schutz gewähren. U. a. hat Israels Kriegsminister Weizmann wiederholt angedroht, gegebenenfalls auch in Gebiete nördlich des Litaniflusses – so geschehen in Nabatiye – nicht nur punktuell vorzustoßen, um palästinensisch-libanesischen Widerstandskämpfer auch dort zu eliminieren. Zudem ist Israel auf den Ausbau neuer strategischer Positionen im südlbanesischen Grenzgebiet zu Syrien bedacht, was – begleitet von ersten provokatorischen Überfällen – die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation Syrien erhöht. Israels Generalstabschef Gur hat im übrigen Anfang April d. J. offen Ansprüche auf eine Kontrolle des Libanon auch nördlich des Litani angemeldet.

Taktische Widersprüche Carter-Begin

Neben das Ziel der Austreibung der Palästinenser und nationalprogressiven Libanesen aus dem Südlibanon tritt also das Bestreben, den syrischen Hauptkontrahenten im Nahostkonflikt zu schwächen wie zwischen ihm und seinen – zumindest derzeitigen – libanesisch-palästinensischen Verbündeten neue Spannungen zu säen.

Es liegt auf der Hand, daß diese israelische Militäroffensive an seiner arabischen Nordfront möglich wurde, weil die unter US-Ägide angelaufenen ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen Begin durch die Lahmlegung der Südfrent und die Sadat'sche Spaltung des arabischen Lagers den Rücken freimachte. Er wurde ferner fortlaufend gestärkt durch ein gigantisches militärisches US-Aufrüstungsprogramm, das heute auf das fünffache der Jahre vor 1973 geklettert ist und jährlich Waffen im Wert von rund 1 Mrd Dollar umfaßt, darunter auch neueste Kampfbomber vom Typ F-15 bzw. F-16 und M-60 Panzer.⁵

Die USA waren es auch, die Mitte März im UN-Sicherheitsrat eine von arabischer und sowjetischer Seite geforderte ausdrückliche Verurteilung Israels aufgrund einer „offenen Aggression“ blockierten, geradeso wie sie durch ihre Ankurbelung der israelisch-ägyptischen Separatverhandlungen eine Wiederaufnahme der Genfer Nahost-Friedenskonferenz unterlaufen. Die Carter-Administration konnte und wollte allerdings nicht den israelischen Südlibanonkrieg gutheißen, noch den UN-Sicherheitsratsbeschuß Nr. 425 vom 18. 3. 1978 aufhalten, der den „unverzüglichen Abzug der israelischen Truppen“ aus dem okkupierten Südlibanon fordert, nebst der – allerdings widerspruchsvollen – Entsendung einer 4000 Mann starken UN-Friedensstreitmacht in israelisch-libanesisches Grenzgebiet anordnete. Das US-Doppelspiel wird indessen auch daran sichtbar, daß man zugleich Israels „Stabilisierungs“bemühungen im Libanon unterstützt und die Verzögerungstaktik der Besatzer deckt.

Gleichwohl sind die beim Begin-Besuch Ende März d. J. in Washington zutagegetretenen israelisch-amerikanischen Widersprüche realer Natur. Einerseits entspringen sie Tel Avivs maximalistischer, unnachgiebiger Position, mit der es derzeit ein Gelingen der Separatverhandlungen mit dem überaus konzessionswilligen Ägypten aufs Spiel setzt; zum anderen aus der Gefährdung, die die allzu expansionistische und eine weitere Kriegseskalation – einschließlich einer Wiederbelebung gesamtarabischer Solidarität – heraufbeschwörenden Kurs der Begin-Regierung für die gewandelte US-imperialistische Nahoststrategie bedeutet, will sie doch einen „Ausgleich“ zwischen Israel und den prowestlichen arabischen Stützen um Ägypten, Saudi Arabien und Jordanien auf Kosten der antiimperialistischen Kräfte der Region, im besonderen der palästinensischen Befreiungsbewegung, herbeiführen. Dabei herrscht, wie Begin nach seiner USA-Reise unterstrich, durchaus Einklang in dem Bestreben, die PLO als Verhandlungspartner auszubooten und einen unabhängigen Palästinenserstaat zu verhindern.⁶ Und: reale Maßnahmen der direkten Druckausübung Carters gegenüber Israels herrschenden Kreisen blieben – wie gehabt – aus.

Die Begin-Regierung hält zwar heute mit ihrer faktischen Kontrollausübung im Südlibanon und der dortigen Massenvertreibung der antiimperialistischen palästinensisch-libanesischen Gegenkräfte einen neuen Trumpf in Händen, doch hat sie zugleich die Nahostkonfliktsituation in Richtung einer „amerikanischen Lösung“ weiter kompliziert. Zwar hat sich Israel durch die Verdrängung der Militärpräsenz der PLO aus dem Fatahland hinter die „Rote Linie“ einen strategischen Vorteil verschafft, aber mitnichten die vor angekündigte Zerschlagung der palästinensischen Guerillabewegung er-

reicht. Dem palästinensischen Widerstand gelang es, an einigen strategischen Punkten Achtungserfolge gegen die militärische Übermacht der Invasoren zu erringen, z. B. trotz wiederholter israelischer Anläufe die Küstenstadt Tyrus zu verteidigen. Trotz aller Spaltungsversuche bleibt die PLO einheitlich, stehen die palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten wie im Exil hinter ihrer authentischen Vertretung. Trotz erneuter Verluste konnte das militärische Potential der PLO im Libanon ebensowenig wie ihr politisches Gewicht zerschlagen werden.

Die „Endlösung“ wird mißlingen

Generalstabschef Gurs Eingeständnis, daß man mit einer Operation nicht alle „Terroristen“ im Libanon liquidieren könne, macht das Dilemma Tel Avivs wie seiner US-Schutzherren deutlich: Solange insbesondere Syrien und die anderen Verbündeten der Arabischen Front des Widerstands (siehe Deklarationen in AIB 1 und 3/1978) die PLO unterstützen, ist deren militärisch-politische Liquidierung kaum realisierbar. Ein israelischer Krieg gegen Syrien aber riefte die gesamtarabische Solidarität auf den Plan, müßte also auch eine Separatlösung mit Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien noch unwahrscheinlicher machen – und sie ist jetzt schon äußerst fragwürdig geworden. Die internationale Öffentlichkeit aber drängt auf eine Einlösung der UN-Entscheidung 425, d. h. auf Israels beschleunigten Abzug aus dem Südlibanon und eine Plazierung der UN-Truppen an der israelisch-libanesischen Grenze und nicht etwa am Litani-Fluß wie von israelischen Vertretern wiederholt gefordert. Yassir Arafat, der Vorsitzende der PLO, kündigte an, solange Israel noch auf südlibanesischem Boden stehe, würden die palästinensisch-progressivlibanesischen Kräfte ihren Kampf fortsetzen. Sie werden mit der Unterstützung des antiimperialistischen Lagers eine amerikanisch-israelische „Endlösung“ zu verhindern wissen.

Anmerkungen:

- 1) Time, New York, 3. 4. 1978
- 2) Zit. nach: L'Humanité, Paris, 18. 3. 1978; ADN, Berlin, 19. 3. 1978
- 3) International Herald Tribune, Zürich, 25./26. 3. 1978
- 4) Vgl. Libanoneinschätzungen in AIB 9/1976 und 1/1977
- 5) Newsweek, New York, 20. 3. 1978 und Le Monde, Paris, 16. 2. 1978
- 6) Vgl. Newsweek, 3. 4. 1978 und Die Welt, 30. 3. 1978
- 7) Le Monde, 2./3. 4. 1978
- 8) Arafat-Interview in: Newsweek, 3. 4. 1978

Ein Geschenk-Buch für Freunde, Weltreisende, abendländische Skeptiker und erst recht für einen selbst. (Konkret 1/78)

Das Buch ist objektiv: die Autoren ... haben ohne rosarote Brille beobachtet und auch Mängel aufgezeichnet, die ... noch zu registrieren sind. Gleichzeitig wird die offensichtliche Verbesserung der Lebensbedingungen eingehend berücksichtigt ... Der Bildteil, der vor allem den kubanischen Alltag zeigt ist ausgezeichnet. (Südwestpresse 21. 12. 77)

Man erfährt eine Menge über Kubas Geschichte und Gegenwart ... (Elan 12/77)

CUBA LIBRE

Fotos von Klaus Rose, Texte von Guha, Niess und Roos.
160 Seiten, Großformat, viele Farb- und SW-Fotos.
Leinenausgabe DM 48,-, Normalausgabe DM 36,-.

Kübler Verlag, Postfach 242, 6840 Lampertheim



Interview mit Prof. Gerhard Stuby über Erfahrungen einer Chile-Reise

Die zähe Hoffnung der Antifaschisten



Prof. Gerhard Stuby, linker Sozialdemokrat und Vorsitzender des Internationalen Verbandes Demokratischer Juristen, ist wegen seines mutigen Eintretens für die chilenischen Antifaschisten für die Solidaritätsbewegung unseres Landes kein Unbekannter. Vor zwei Jahren gehörte er bereits einer bundesrepublikanischen Juristendelegation an, die Chile bereiste (siehe Interview mit Rechtsanwalt J. Schwammborn in AIB 7—8/1976). Er zählte zu den Veranstaltern der Nürnberger Chile-Verhandlungen im November 1976 und ist gemeinsam mit Prof. Erich Wulff bundesdeutsches Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta. Er erstattete jüngst über seine 2. Chile-Reise zu Anfang 1978 Bericht vor der 5. Tagung der Internationalen Kommission vom 27.—29. Januar d. J. in Algier. Ulrike Langenbrink, die Prof. Stuby auf seiner 2. Chile-Reise begleitete, befragte ihn für das AIB nach seinen wichtigsten Eindrücken und Erfahrungen.

FRAGE: Herr Prof. Stuby, Sie hielten sich vom 17.—25. Januar dieses Jahres in Santiago de Chile auf. Welche Motive hatte Ihre Reise?

G. STUBY: Ich habe mich in Santiago aus zwei Gründen aufgehalten. Ich begleitete Carlos Contreras Labarca und seine Familie während ihrer legalen Rückkehr nach Chile als internationaler Beobachter und als Anwalt. Hierzu war ich vom Sekretariat der Unidad Popular gebeten worden, weil es durchaus möglich war, daß es bei seiner Einreise Komplikationen geben könnte. Da unter Umständen mit einer Festnahme zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen war, sollte ich mich einige Tage nach seiner Einreise in seiner Nähe aufhalten.

Meinen Aufenthalt habe ich dazu genutzt, um mich über einige Aspekte des Funktionierens der rechtlichen Institutionen und der aktuellen politischen Situation in Chile nach der sog. Volksabstimmung zu informieren. Ich hatte zahlreiche Unterhaltungen mit Persönlichen des öffentlichen Lebens aller politischen Richtungen in Chile. Um nur einige zu nennen: Mit dem Kardinal von Santiago, mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtes Eyzaguirre, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei, Patricio Aylwyn, mit Prof. Maximo Pacheco, ehemals Botschafter der Regierung Allende in Moskau, mit Prof.

Echevarria und anderen, deren Namen ich aus Sicherheitsgründen nicht nennen möchte.

FRAGE: Hunderttausende Chilenen mußten nach dem Putsch das Land verlassen. Welche Auswirkungen dieser Exilsituation sehen Sie für den antifaschistischen Kampf in Chile und damit auch insgesamt für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Chile?

G. STUBY: Der Terror der chilenischen Junta hat in erster Linie die führenden Kader der Unidad Popular getroffen. Viele von ihnen sind getötet worden, zählen zu den Verschwundenen oder sind immer noch eingekerkert. Ein großer Teil befindet sich im Exil. Wie die Statistik der Verschwundenen zeigt, sind insbesondere politische Repräsentanten der Unidad Popular — unter ihnen wiederum die Kommunisten — und der MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) betroffen. Wenn auch die Christdemokraten in letzter Zeit zunehmend in große Bedrängnis geraten sind, genießen sie doch im Gegensatz zu den anderen antifaschistischen Strömungen den Status einer gewissen Halblegalität. So können z. B. Äußerungen führender Repräsentanten durchaus in den von der Junta kontrollierten Massenmedien erscheinen, wenn auch die Erschwernisse seit der Schließung des christdemokratischen Senders nicht verkannt werden dürfen. Eine weitere Verschärfung ist durch die Verhaftung und durch die Deportierung von 12 Christdemokraten im Januar d. J. entstanden.

Folgen des massenhaften Exils

Das massenhafte Exil schafft Probleme der wechselseitigen Entfremdung, die mit der Dauer des Exils wachsen. Die konkreten Probleme des inneren Widerstandes, vor allem die psychologische Situation gegenüber dem Terrorsystem können von den Exilpatrioten nur indirekt erfaßt werden, während umgekehrt die inneren Kräfte sich nur sehr unvollständige Vorstellungen von den Schwierigkeiten ihrer exilierten Genossen machen. Die psychologischen Probleme, die durch die Fremdheit der Sprache, der Lebensweise, der Umwelt insgesamt, entstehen, sind in ihren Auswirkungen durchaus auf die gleiche Stufe zu stellen mit den durch die Repression im Inneren entstehenden Problemen. Die Erklärung der katholischen Bischöfe (Brief der Bischöfe an die Chile-

nen draußen zu Weihnachten 1977 in El Mercurio vom 17. 12. 1977) hat mit besonderer Eindringlichkeit auf diese Problematik hingewiesen.

Unter den genannten Aspekten ist daher die Rückkehr exilierter Chilenen gerade für die weitere Entwicklung des Widerstandes, insbesondere der Formulierung und Umsetzung eines Alternativprogrammes aller antifaschistischen Kräfte zum Sturz der Junta und einer folgenden Aufbauphase von vorrangiger Bedeutung.

Bei der Lösung dieses Problems sind zunächst einmal die legalen Möglichkeiten einer Rückkehr exilierter Chilenen auszuschöpfen. Dies allein schon wegen des extrem hohen Risikos einer illegalen Rückkehr nach Chile. Nach Art. 4 des DL 81 kann derjenige, „der illegal ins Land einreist und sich in irgendeiner Form der Kontrolle über die Einreise derart entzieht, daß das Gericht aus den Umständen der Tat eine Gefährdung der Sicherheit des Staates annehmen kann“, mit dem Tode bestraft werden. Der Artikel ist so formuliert, daß nicht nur eine Einreise mit gefälschten Papieren oder auf Schleichwegen als illegal gilt, sondern im Grunde jede Einreise, die ohne Autorisierung der Behörden erfolgt.

Die Irrationalität des faschistischen Regimes, die dazu führt, daß selbst die Anwendung der von der Junta erlassenen Gesetze schwer berechenbar ist, macht auch eine Unterschei-

eigentlich unproblematisch. Die Presse nahm lediglich ohne Kommentar in einigen kurzen Notizen von dem Ereignis Kenntnis. Abgesehen von der skizzierten Zwangssituation der Junta sind für das Gelingen noch zwei Dinge zu nennen.

Der Empfang von zahlreichen Freunden am Flughafen hat sicherlich dazu beigetragen, daß eine Rückweisung oder Verhaftung ohne Aufsehen nicht möglich gewesen wäre. Zum anderen ist die verhältnismäßig gute diplomatische Vorbereitung zu nennen. So waren zahlreiche Botschaften vornehmlich der EWG-Länder informiert, darunter auch die Botschaft der Bundesrepublik. Was die Mitwirkung der deutschen Botschaft anlangt, ist allerdings im Vergleich zu den übrigen Botschaften – insbesondere schwedische und holländische – eine lediglich passive Mitwirkung zu verzeichnen. So wurde meiner Bitte, mir Kontakte zu chilenischen Behörden zu vermitteln, nicht entsprochen. Insofern sind solche Fakten wie eventuelle innenpolitische und internationale Resonanz auf das Verhalten der Behörden, Alter und familiäre Situation des Einreisenden, seine politische Stellung u. a. m. genau mit einzuberechnen, wenn man sich die Chancen und das Risiko einer Einreise auszurechnen hat.

Unter diesen Gesichtspunkten erschienen die Möglichkeiten für die Einreise von Carlos Contreras Labarca besonders



Januar 1978: Offene Protestmanifestationen in Santiago

dung von illegaler und legaler Einreise schwierig. Insofern ist jede Rückkehr eines im Exil lebenden Chilenen mit einem Risiko belastet.

Auf den ersten Blick sollte man meinen, daß alle diejenigen, die einen gültigen Reisepaß besitzen, ohne weiteres legal einreisen können (sog. einfache Einreise), also keiner besonderen Autorisierung bedürfen wie diejenigen, „die aus dem Lande durch Inanspruchnahme des Asyls ausgereist sind, die das Land verlassen haben, ohne sich den aufgestellten Normen zu unterwerfen, die ausgewiesen oder verpflichtet wurden, das Land zu verlassen oder ausgebürgert sind“ (Art. 3 des DL 81). Aber schon diese Formulierung zeigt, daß im Grunde jeder, der strafrechtlich verfolgt werden kann, Gefahr läuft, einer illegalen Einreise bezichtigt zu werden. Insbesondere das DL 604 vom August 1974, das „jede ausländische oder chilenische Person, die vom Ausland her das Land, seine Regierung und sein Volk verunglimpft und diffamiert“ unter Strafe stellt, läßt jede Anwendung in jede gewünschte Richtung zu.

FRAGE: War unter diesen Umständen die Einreise eines politischen so brisanten Falles wie Contreras Labarca nicht doch gefährlich?

G. STUBY: Die Einreise im Fall Contreras Labarca verlief

günstig. Unter den genannten Einschränkungen waren bei ihm die juristischen Voraussetzungen für eine legale Einreise gegeben. Der Putsch hatte Contreras als Botschafter Chiles in der DDR überrascht. Sein Paß war vom chilenischen Konsulat in Westberlin anstandlos verlängert worden, so daß er nach wie vor alle Rechte eines chilenischen Bürgers besaß. Sicherlich hätte man bei ihm auch einwenden können, daß er in Anbetracht des DL 604 eine besondere Autorisierung für seine Einreise benötigt hätte.

Die Einreise von Contreras Labarca

Seine persönliche Situation fiel besonders ins Gewicht. Er ist 78 Jahre alt, so daß das Argument, er wolle mit seiner Familie nach Chile zurückkehren, um dort seinen Lebensabend zu verbringen, nur schwer von den chilenischen Behörden unberücksichtigt bleiben konnte. Andererseits waren seine politischen Funktionen (Generalsekretär der Kommunistischen Partei von 1936–1946, zahlreiche politische und staatliche Positionen unter den verschiedensten Regierungen usw.) so umfangreich, seine gesellschaftliche Bekanntheit in Chile so gewichtig, daß seine Rückkehr nicht nur ein persönliches,

individuell-humanitäres Moment, sondern durchaus eine politische Dimension besaß. Der eigentlich ausschlaggebende Faktor für das gute Gelingen der Aktion dürfte aber die gegenwärtige politische Situation in Chile sein, die für die die Junta tragenden Kräfte sehr ambivalent ist. Das wurde mir auch in zahlreichen Gesprächen mit den Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen bestätigt.

FRAGE: Wie wurde die Rückkehr von Carlos Contreras Labarca in Chile aufgenommen?

G. STUBY: Selbst rechts einzustufende Christdemokraten freuten sich über die Rückkehr von Contreras und werteten

Flugblatt zur Abstimmung



Chilenen: Wir rufen Euch auf, in dieser Abstimmung mit „Nein“ zu stimmen

Das Dilemma besteht nicht darin, „mit Chile oder gegen Chile“ zu sein. Es besteht darin, für diese Regierung oder für Chile und sein Volk zu sein. Mit „Nein“ zu stimmen, heißt, für Chile zu stimmen, es ist kein Verrat!

Chilene: Du wirst am kommenden 4. Januar gekennzeichnet sein, wenn Du nicht abstimmt. Nach 4 Jahren ist dies die erste Gelegenheit, wo Du Deine Entscheidung als Chilene ausüben und Deine Opposition manifestieren kannst. Die Würde Chiles ist die aller Chilenen und nicht nur die seiner Regierung; dies erfordert, daß die fundamentalsten Menschenrechte jeder Person respektiert werden. Die Menschenrechte müssen in der ganzen Welt respektiert werden. Die Tatsache, daß sie woanders nicht geachtet werden, rechtfertigt nicht ihre Verletzung in Chile.

Diese Abstimmung darf nicht zu dem werden, wozu sie gedacht war. Für Dich muß sie zu der Möglichkeit werden, mit der Du zurückweist:

- Die Arbeitslosigkeit und das Elend mit seinem Hunger
- Den Ausnahmezustand und das Fehlen von Perspektiven
- Die Übermacht und den Mißbrauch der Macht
- Die Bereicherung einiger Weniger auf Kosten des Elends der Mehrheit
- Die illegalen und willkürlichen Verhaftungen
- Das Verschwinden von Chilenen
- Das Fehlen von Meinungs- und Gewerkschaftsfreiheit
- Die Vertreibung der Bauern von ihrem Land
- Die Teuerung und die Hungerlöhne
- Die Einschüchterung
- Das Fehlen der ärztlichen Versorgung und des Zugangs zur Bildung
- Die Unterernährung unserer Kinder und die hohe Anzahl der Kindersterblichkeit
- Und viele andere Dinge, die Du weißt . . .

Chilene: Es gibt keinen Raum für die Angst. In der geheimen Kabine darfst Du nur an Dich denken, an Deine Kinder und an die Zukunft Chiles.

Chilenen: Laßt uns unser Vaterland verteidigen. Chile lebt weiter, die Regierungen sind vergänglich. Niemand hat die dauerhafte Tradition und die Ideologie in der demokratischen Wesensart unseres Volkes abschaffen können. Deshalb, mit Mut und Entscheidung, übe Dein Recht aus: Weise diese Regierung zurück und stimme mit „Nein“ in dieser Abstimmung.

Weitergeben

sie als ein gewisses Indiz für eine Veränderung der politischen Situation. Wenn auch bei manchen die schon erwähnte Ambivalenz unterstrichen wurden, die darin bestehen könne, daß die Junta die Einreise von Contreras als Demonstrationstück für ihre liberale Politik nehmen könne, wurde doch allgemein die prekäre Situation der Junta als das wichtigere Argument für das Gelingen betrachtet. Die Freude des einfachen Mannes auf der Straße, z. B. der Kellner in den Restaurants beim Anblick von Contreras, ganz zu schweigen von der der Genossen, scheint mir ein wichtiger Hinweis für diese Einschätzung zu sein. Insofern machte sich vor allem der enorme Bekanntheitsgrad von Carlos Contreras bemerkbar.

FRAGE: Wie schätzen Sie die politische Situation in Chile nach der sog. Volksabstimmung ein? Ist es Pinochet gelungen, zumindest einen Teil der Bevölkerung zu einer Unterstützung seiner Politik zu bewegen, und sei es nur unter dem Gesichtspunkt des „kleineren Übels“? Konnte er, Ihrer Einschätzung nach, seine Stellung innerhalb der Junta festigen?

G. STUBY: Ich habe keinen Gesprächspartner in Santiago getroffen, der nicht von dem Farcecharakter der Abstimmung überzeugt war oder zumindest nicht einige Fakten hierfür geben mußte. Selbst Vertreter der äußersten Rechten, z. B. Prof. Echevaria, konnten bestimmte Manipulationen (Zusammensetzung der Wahlvorstände, falsche Auszählungen u. a. m.) nicht abstreiten, sprachen ihnen aber eine Relevanz für das Ergebnis ab.

Eine ganze Palette von schon bekannten oder neuen Zweifeln wurde uns vorgetragen. So wurde das Zustandekommen der Listen als dubios betrachtet, da die Listen der Unidad Popular-Zeit vernichtet sind. Das schon genannte Argument der zweifelhaften Zusammensetzung der Wahlliste hörte ich des öfteren. Die Hauptzweifel richteten sich gegen die Freiheit und gegen die Geheimhaltung der Abstimmung selbst. Folgendes Beispiel, das mir von mehreren Gesprächspartnern mitgeteilt wurde, zeigt, daß Vorkehrungen geschaffen waren, um nachträglich zu kontrollieren, wie jemand abgestimmt hatte.

Jeder Wählende mußte hinter seinem Namen auf der Liste seinen Fingerabdruck hinterlassen, und zwar, bevor er seinen Wahlzettel ausgehändigt bekam, auf dem er in der Wahlkabine sein Votum abgeben sollte. Es war unvermeidbar, daß er mit dem geschwärzten Finger seinen Wahlzettel anfaßte und so dort einen zweiten Fingerabdruck hinterließ. Theoretisch besteht also durchaus die Möglichkeit, zumindest in den für die Junta interessanten Einzelfällen die Stimmabgabe anhand eines Fingerabdruck-Vergleiches nachzuprüfen. Nach übereinstimmenden Aussagen vieler Gesprächspartner waren die Umschläge, in die Wahlzettel gesteckt wurden, durchsichtig, so daß bei der Abgabe der Stimmzettel gesehen werden konnte; wo das Kreuz angebracht war. Dieses Faktum wird übrigens auch von Martin Gerster in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 10. 1. 1978 berichtet. Oft ließen sich die Wahlhelfer die verschlossenen Umschläge aushändigen und hielten sie demonstrativ gegen das Licht, bevor sie sie in die Wahlurne steckten. Allein, daß bei den Wählenden ein Eindruck der Überprüfung des Stimmverhaltens entstehen konnte, genügt m. E., um eine bestimmte Stimmung zu erzeugen, die es vielen geraten erscheinen lassen mußte, gegen ihre Überzeugung mit „Ja“ zu stimmen.

Auch die Freiheit der Wahl selbst war nicht gewährleistet. Obwohl am Abend vorher bekanntgegeben wurde, daß kein Wahlzwang bestehe, wurde durch Abschneiden einer Ecke an der Identitätskarte und durch Anbringen eines Siegels an ihr gewährleistet, daß jederzeit nachkontrolliert werden kann, ob jemand gewählt hat oder nicht. Die Wahllokale selbst waren scharf bewacht, teilweise kamen sogar während des Wahlaktes Verhaftungen vor. Die Auszählung der Stimmen

erfolgte nicht öffentlich; dort, wo es einige nicht ganz auf Regierungslinie liegende Wahlhelfer versuchten, die wider Erwarten in die Wahlpräsidien geruscht waren, wurde dieses sofort unterbunden; teilweise wurden derartige Wahlhelfer am Ort verhaftet.

Dubiosität der „Volksabstimmung“ Pinochets

In vielen Fällen wurde vor den Wahllokalen nach der Stimmabgabe demonstriert und zwar von Wählern, die diesem Wahllokal zugeteilt waren. Meist waren dies weitaus mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten. Dennoch kam bei der Auszählung mehr als 70 % Ja-Stimmen zustande. Der hohe Prozentsatz von Ja-Stimmen in den linken Hochburgen Concepcion und das verhältnismäßig gute Abschneiden im sog. „Roten Norden“ des Landes wurde entgegen der Ansicht von Martin Gester in der FAZ vom 10. 1. 1978 als Beweis für Manipulationen bei der Stimmauszählung angesehen.

Als Ergebnis kann man feststellen, daß auch in Santiago selbst die allgemeine Ansicht vorherrscht, der Wahlausgang sei auf eine Kombination von Terror und Manipulation zurückzuführen. Die Nein-Sager-Quote von 25 % – obwohl eine geringere Nein-Sager-Quote durchaus möglich gewesen wäre – wird als Beweis für das Faktum gewertet, daß die Junta selbst von einer starken Opposition ausgeht, die sie nicht ohne weiteres übergehen kann. Gerade in der Zeit der Vorbereitung der Volksabstimmung hat die demokratische Opposition ihre Mobilisierungsfähigkeit gezeigt, z. B. durch Treffen an den Werkstoren, Treffen auf der Straße, öffentliche Propaganda und Diskussionen, ja durch massive und starke Demonstrationen auf der Straße, die in erster Linie von allen Kräften der Unidad Popular getragen waren, nicht be-



Faksimile der „Wahlkarte“ zur Pinochet-Abstimmung (bei vielen Stimmzetteln war das „Nein“ schreibmaschinengeschrieben bzw. verwickelt)

schränkt auf die Sozialisten, wie teilweise in der Presse berichtet wurde. In diesem Zusammenhang muß auch der Hungerstreik der Frauen der Verschwundenen gesehen werden, der eine Mobilisierung herbeiführte, die weit über die humanitäre Zielsetzung in Bezug auf das Los der Verschwundenen ausgerichtet war.

Insgesamt hat sich gerade bei der Volksabstimmung gezeigt, daß trotz vier Jahren Unterdrückung die Bevölkerung auf die Straße geht, um öffentlich die Tyrannei zurückzuweisen. Allgemein wurde dies als Zeichen gewertet, das im Gegensatz zur Junta, die anlässlich der Volksabstimmung öffentlich ihre Diskrepanzen und Risse zur Schau stellen mußte, die Opposition gestärkt und vereint aus dieser aufgedrängten Aktion hervorging. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Mobilisierung noch am Anfang eines Aufschwunges steht und daß nach wie vor die Junta trotz aller Labilität in ihren Innenbeziehungen noch relativ fest im Sattel sitzt.

FRAGE: Ebenfalls im Januar 1978 ließ die Junta 12 bekannte Christdemokraten verhaften und in den unwirtlichen Norden Chiles deportieren, was sich für einige von ihnen als eine lebensbedrohende Gefährdung darstellte. Welche Bedeutung maßen Ihre Gesprächspartner diesem Akt zu?

G. STUBY: Nach Meinung vieler Gesprächspartner – angefangen beim Kardinal über führende Christdemokraten, Botschafter von Ländern, die teilweise mit der Junta zusammenarbeiten, bis hin zu konsequenten antifaschistischen Kräften – ist hierin eher ein Schwächemoment der Junta als eine, durch forsches Auftreten dem ersten Anschein nach naheliegende Stärkung zu sehen. Insgesamt war man der Ansicht, daß die Christdemokraten allein schon wegen des starken internationalen Druckes über kurz oder lang ebenso freigelassen werden müßten wie die kurz zuvor verhafteten Gewerkschafter. Man betrachtete die Verhaftung der Christdemokraten als eine persönliche Aktion Pinochets.

Dies ist allerdings ein Gesichtspunkt, der zwangsläufig die Freilassung der Christdemokraten verzögern muß. Die Entlassung würde zu einer weiteren Schwächung der Position Pinochets führen, die nur in einem komplexeren Zusammenhang eintreten kann.

FRAGE: Sie erwähnten bereits mehrfach die relativ geschwächte Stellung der Junta auf innenpolitischer Ebene, die nicht zuletzt auf der zugespitzten sozialökonomischen Krise beruht. Wie schätzten Ihre Gesprächspartner diesen Faktor ein? Vor allem: Welche Konsequenzen hat die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation auf den antifaschistischen Widerstand?

G. STUBY: Ihre „soziale Marktwirtschaft“ hält weder die Inflation an, noch die Krämpfe des Zinssatzes. Die Arbeitslosigkeit wächst, der Hunger wird eine ständige Einrichtung, was für den Besucher Santiagos augenscheinlich wird durch die scharenweise auftretenden verwahrlosten Kinder in den

El Destino de Chile, de tu Familia, está en tus Manos



DEFENDAMOS NUESTRA DIGNIDAD Y SOBERANIA
TODO CHILE CONTRA LA AGRESION INTERNACIONAL

SI A CHILE

Anzeigen-Text zur Pinochet-Abstimmung nach El Mercurio, 28. 12. 1977:

Das Schicksal Chiles und deiner Familie ist in deinen Händen
Laßt uns unsere Würde und Souveränität verteidigen / Ganz Chile gegen die internationale Aggression
Ja für Chile

Straßen, die ständig von der Polizei verfolgt sind. Nicht nur der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen ist rapide gefallen (nach Angaben der Vicaria de la Solidaridad von 61,7 % im Jahre 1971 auf 44,4 % im Jahre 1977), das Staatskapital längst zersetzt, die hohen Kosten schrecken Investoren ab usw. Das Gesundheitswesen, das Erziehungswesen, die Sozialversicherung sind in einem lamentablen Zustand. Lediglich die Bereiche, die im besonderen Interessengebiet der multinationalen Konzerne liegen, weisen zwar rege Investitionstätigkeit auf. Wegen ihres Rationalisierungseffekts wirken sie sich aber auf die Arbeitslosenziffern nachteilig aus.

Die Frontstellung von Kirche und Christdemokratie

Die Schwierigkeiten in der Wirtschaftspolitik sind vor allem der Grund dafür, daß ehemals den Putsch der Junta befürwortende oder zumindest nicht abgeneigte soziale und politische Kräfte sich zunehmend in Opposition stellen oder sich zumindest von der Junta distanzieren. Das gilt vor allem für die Stellung der Kirche, die – wie ihre öffentlichen Erklärungen zeigen – in immer schärfere Frontstellung tritt. Dies wurde mir auch in dem Gespräch mit dem Kardinal deutlich. Er ließ keinen Zweifel, daß er die Repressionspolitik der Junta scharf ablehnt, wenn er die Kirche auch insgesamt als machtlos betrachtet, was sicherlich nicht den Tatsachen entspricht. In seiner Predigt anläßlich der Totenmesse für den verstorbenen apostolischen Nuntius kritisierte er öffentlich in Anwesenheit von Pinochet und anderen Mitgliedern der Junta die Verletzungen der fundamentalen Menschenrechte und Bürgerrechte durch die Regierung. Wenn ich dieses Gespräch mit meinem Gespräch vor 1 1/2 Jahren mit einem Vertreter des Kardinals vergleiche, in dem dieser immerhin noch einiges Verständnis für die Junta angesichts des von ihm behaupteten Chaos in der letzten Zeit der Allende-Regierung zeigte, so war diesmal von dieser Rücksichtnahme nichts mehr zu spüren. Es war nur noch die ablehnende Haltung festzustellen.

Ähnliche Akzentverschiebungen stellte ich in meinem Gespräch mit führenden Christdemokraten, aber auch in meiner Unterhaltung mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtes Eyzaguirre fest. Dieser beschränkte sich auf die kommentarlose Wiedergabe der Meinung Pinochets z. B. zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes. Nach wie vor herrscht Kriegszustand in Chile, da der äußere Feind in das Innere der Nation eingesickert sei. Auch bei Nachfrage vermied er es, eine eigene Meinung zu formulieren. Ein deutliches Unbehagen war nicht zu übersehen.

Trotz der festgestellten Labilität betrachteten jedoch alle Gesprächspartner im Augenblick die Position der Junta als nicht grundlegend gefährdet. Sie führen dies in erster Linie auf die noch mangelnde Einigung aller antifaschistischen Kräfte zurück.

FRAGE: Also sind die Chancen für die Realisierung der Einheit aller antifaschistischen Kräfte nach der „Volksabstimmung“ gewachsen?

G. STUBY: Ja, so meine Gesprächspartner. Die Herstellung der notwendigen Einheit über das Spektrum der Unidad Popular hinaus, insbesondere die Verständigung mit den Christdemokraten wegen ihrer Bedeutung und Rückwirkung auf Armee und Gewerkschaften, wird als besonders vordringlich betrachtet.

Der Versuch der Junta, durch das Referendum eine verlorene bzw. nie besessene Legitimität zu erreichen, muß daher als gescheitert betrachtet werden. Die Volksabstimmung hat die fortschreitende Labilität der Junta nicht aufhalten können. Vielmehr hat sie einerseits die Notwendigkeit der herzustellenden Einheit aller antifaschistischen Kräfte stärker demonstriert, zum anderen auch die realistische Perspektive der Beseitigung der Junta offenbar gemacht, deren Ver-

wirklichung von dieser Einheit in einer Programmatik abhängt, die über den Sturz hinausreicht.

FRAGE: Nach neuesten Angaben ist die Zahl der Verschwundenen auf ca. 3000 gestiegen. Wie reagieren die chilenischen Behörden auf diesbezügliche Anfragen?

G. STUBY: Die Behörden leugnen nach wie vor, daß sich die Betroffenen je in ihrem Gewahrsam befunden haben. Für das Phänomen des massenhaften Verschwindens von Leuten finden sie allerlei Ausflüchte. So versicherte mir der Präsident des Obersten Gerichtes, Eyzaguirre, allen Ernstes, viele Männer verschwänden, weil dies wegen der Schwierigkeiten der Ehescheidung in Chile die beste Möglichkeit wäre, aus der Ehe zu entweichen.

Das gleiche Argument hörte ich auch in der deutschen Botschaft. Dort wurde übrigens die Meinung vertreten, in der Allende-Zeit hätten sich viele Chilenen bis zu 5 Pässe zugelegt, was jetzt Verwirrung stifte. Auch hinsichtlich der Vorgänge in der Colonia Dignidad wurden eigenartige Vorstellungen entwickelt. Die Botschaft der BRD habe sich selbst um Aufklärung bemüht. Sie sei zu dem Ergebnis gekommen – und es läge ein umfangreicher Bericht dem AA vor – daß es für irgendwelche Verbrechen keine Anhaltspunkte gäbe. Man habe sich der entwickelten Nachforschungsmethoden des bundesrepublikanischen Nachrichtendienstes bedient. So z. B. seien von der chilenischen Luftwaffe zur Verfügung gestellte Luftaufnahmen ausgewertet worden.

Die neuesten Zahlen zeigen, daß die Rate des Verschwindens, wie überhaupt der allgemeinen Verhaftungen gesunken ist. Allerdings sind bei der gegenwärtigen Verhaftungspraxis neue Momente festzustellen. Die DINA bzw. ihre Nachfolgeorganisation CNI geht bei Verhaftungen gezielter vor. Wurden früher umfangreiche Verhaftungen vorgenommen, um

REPUBLICA DE CHILE
JUNTA DE GOBIERNO
MINISTERIO DE JUSTICIA
REGISTRO CIVIL E IDENTIFICACION

- 4 ENE. 1977

OVALE

CERTIFICADO

El Jefe del Gabinete que suscribe, certifica que ha sido filliado en esta Oficina don:

CLAUDIO ENRIQUE CONTRERAS HERNANDEZ
LOCAL No 93267.
NACIDO: 21- Septiembre 1947- Ovale
INSCRIPCION No 849 año 1947- Ovale
ESTADO CIVIL: SOLTERO.
PROFESION: ESTUDIANTE
DOMICILIO: COQUIMBO 235.
FECHA FILIACION: 10- Marzo- 1965.-

le, 4 de Enero de 1977.-

Guillermo Pantoja Pantoja
GUILLERMO PANTOJA PANTOJA
JEFE DEPARTAMENTAL
REGISTRO CIVIL E IDENTIFICACION




Verschwundenen-Beleg

Dieses Dokument bestätigt, daß CLAUDIO ENRIQUE CONTRERAS HERNANDEZ, der zum Heer der verschwundenen Gefangenen zählt, zumindest diese Polizeistation „durchlaufen“ hat. Eine der wenigen Erklärungen, die überhaupt abgegeben wurden . . .



Angehörige von Verschwundenen in Santiago — 3 von 3000. Sie betrifft Pinochets Ankündigung auf Freilassung der politischen Gefangenen Anfang April d. J. nicht, wird ihre Existenz doch weiter von der Junta geleugnet. Freilassung der Verschwundenen — lautet die Forderung der Stunde!

ganz bestimmte Leute auszuliefern, werden die Betroffenen jetzt unmittelbar festgenommen. Das deutet auf eine umfangreiche und verbesserte Vorarbeit des Geheimdienstes hin. Viele der Verschwundenen tauchen nach einigen Tagen wieder auf. Meist wurden sie an unbekanntem Orten — man geht mit den Gefangenen hinsichtlich der Ausschaltung ihrer Wahrnehmungsfähigkeit noch sorgfältiger um als früher — so gefoltert, daß keine Folterungsspuren zurückbleiben, oft wurden sie mit Drogen behandelt. Auf diesem Weg gelingt es, sie über längere Zeit nach ihrem Auftauchen zum Schweigen zu bringen, da ihr Wahrnehmungs- und Erinnerungsvermögen herabgesetzt ist.

Verfeinerung der Repression

Eine beliebte Methode ist es auch, die vorübergehend Verhafteten und Gefolterten während der Sperrzeit freizulassen, so daß sie sofort wieder von anderen Polizeikräften festgenommen werden. Der Behauptung ihres Verschwindens wird dann das Argument entgegengesetzt, sie hätten sich herumgetrieben.

An diesen Methoden zeigt sich, daß nicht nur die Folter selbst, sondern die Repression insgesamt „wissenschaftlicher“ und ausgefeilter geworden ist.

Hinsichtlich der schon bekannten Fälle der Verschwundenen, vornehmlich der im Mai 1976 Verhafteten, wie Victor Diaz, Mario Zamarano, José Weibel u. a., gibt es kaum neue Momente. Nach wie vor leugnet die Junta, mit den Verhaftungen etwas zu tun zu haben. Alle *recurso de amparo* (Haftfeststellungsanträge nach der Habeas-Corpus-Akte, d. Red.) sind als unzulässig zurückgewiesen worden und die anschließend eingeleiteten Strafverfahren kommen deswegen nicht weiter, weil die von den Verwandten und Freunden der Verschwundenen vorgetragene Beweise für ein strafbares Verhalten der Behörden von den Gerichten nicht als hinreichend akzeptiert werden.

Insgesamt ist zu dem Problem der verschwundenen Gefangenen zu sagen, daß es einen politischen Angelpunkt in der weiteren Entwicklung darstellt. Würde die Regierung zugeben, irgendetwas mit den Verschwundenen zu tun zu haben, so würde sie ihr illegales Verhalten — und dies nach den von ihr selbst gesetzten Normen — eingestehen.

Für die antifaschistischen Kräfte verbirgt das Problem der

Verschwundenen — ob sie nun leben oder nicht — eine grundsätzliche Problematik, die weit über das Ziel des Sturzes der Junta hinausreicht. Alle diejenigen, die im Staatsapparat, sei es in der Exekutive, sei es in der Judikative, mit dem Problem der Verschwundenen unmittelbar oder mittelbar verantwortlich zu tun hatten, müssen nach nationalem chilenischem und nach internationalem, auf den Grundsätzen von Nürnberg beruhendem Recht bestraft werden (vgl. dazu AIB 1/1977). Das trifft nicht nur auf die unmittelbaren Folterter und Töter zu, sondern auf alle das verbrecherische System legitimierenden Kräfte. In dem verzweifelten Bemühen, alle Spuren zu verwischen, scheinen diese Kräfte das auf sie zukommende Gericht schon vorauszuahnen.

Die Forderung der Bestrafung ist auch wegen der hieraus folgenden Konsequenz für die Neugestaltung des Staatsapparates notwendig. Insbesondere gilt dies für die Definition der neuen Rolle der Justiz wie sie in einer demokratischen Kontrolle z. B. durch das Parlament — eine Konzeption, die sich vom Unabhängigkeitssyndrom absetzt — zum Ausdruck kommt. Die Situation ist mit der in Deutschland nach 1945 zu vergleichen. Daß die Brisanz dieses Problems gesehen wird, und zwar je verschieden nach dem politischen Standort, konnte ich in meinen Gesprächen immer wieder feststellen. Besonders Christdemokraten können sich trotz aller gegenteiligen Erklärungen nur schwer von Unabhängigkeitssyndromen für die Justiz freimachen, wie sie auch in unserer rechtspolitischen Diskussion vorherrschend sind.

Das Problem der Verschwundenen hat sich überdies als das wirksamste Mobilisierungselement für demokratische Gegenaktionen dargestellt. Der Hungerstreik der Frauen, die verhältnismäßig defensive Reaktion der Behörden auf ihn wie insbesondere auf das Verhalten der drei Frauen, die vor den Vereinten Nationen aussagten, die Gestattung ihrer Einreise, obwohl man angekündigt hatte, sie nicht einreisen zu lassen, die zahlreichen öffentlichen Demonstrationen mit ihren Rückwirkungen in die internationale Öffentlichkeit zeigen deutlich, daß hier eine gefährliche Achillesferse der Junta besteht.

Die Familienangehörigen sind sich der politischen Dimension des Problems bei allem persönlichen Schmerz bewußt. Sie haben längst begriffen, daß die öffentliche politische Aktion die einzige reale Chance sowohl für ihre verschwundenen Verwandten — obwohl sie sich hinsichtlich des Überlebens keine Illusionen machen — wie für ihre eigene Sicherheit darstellt. Die Aufschrift auf dem Transparent: „Was ist der Schmerz des Hungers gegenüber dem Schmerz über das Verschwinden des geliebten Menschen“ scheint mir diese Dimension sehr deutlich auszudrücken. Die Aktionen haben gezeigt, daß sich die Menschen trotz des nach wie vor herrschenden Terrorsystems nicht davon abhalten lassen, öffentlich ihre Meinung zu äußern. Die Koordinierung dieser auch in Zukunft noch zu erwartenden Aktion mit der internationalen Solidarität scheint mir daher ein neuralgisches Problem auch für die weitere Arbeit im Ausland zu sein.

Verschwundene: wirksames Mobilisierungselement

FRAGE: Eines der dunkelsten Kapitel im gegenwärtigen Chile ist das Verhalten der Justiz gegenüber den Verbrechen der Junta. Welche Rolle spielt die Justiz bei der Verschleierung bzw. „Legalisierung“ dieser Mißachtungen der Menschenrechte?

G. STUBY: Ein führender Christdemokrat hat es mir gegenüber folgendermaßen formuliert: „Die Rolle der Justiz ist eine Schande für Chile.“ In einem Lande, in dem die Rechtsstaatsidee, d. h. vor allem die mehr oder weniger präzise Definition der Grenzen der staatlichen Machtausübung gegenüber den individuellen Freiheitsrechten und damit verbunden die genaue Kompetenzverteilung zwischen den staatlichen Gewalten, traditionell zu Hause war, ist dies ein ver-

nichtendes Urteil. Dieses Urteil erstaunt umso mehr, als es von einem Manne kommt, der sich nicht scheute, mittels der dritten Gewalt die von der Unidad Popular kontrollierte Exekutive lahmzulegen. Mag in der Zeit nach dem Putsch die devote Tätigkeit der Gerichte gegenüber der Junta noch dazu beigetragen haben, in bestimmten Bevölkerungskreisen deren Unrechtscharakter zu verhüllen, so zeigt dieses Urteil, daß von der traditionellen Gerichtsgläubigkeit nicht mehr viel übriggeblieben ist.

Eine besonders schlechte Rolle spielt die Justiz bei den Nachforschungsmaßnahmen (recurso de amparo bzw. den Prozessen wegen eventueller Delikte im Zusammenhang mit einer Entführung). Bislang hat keine Aktion zu einem Erfolg geführt (mit Ausnahme des Falles D. Carlos Humberto Contreras Maluje). Beim Gericht in Santiago wurden seit dem 11. 9. 1973 mehr als 4000 recurso de amparo gestellt. Noch nicht ein Verschwundener wurde von seiner Familie wiedergefunden, keiner von ihnen ist freigegeben worden, seinen Angehörigen wurde kein rechtlicher Schutz zuteil. Diese Situation ist ohne Vorläufer in der juristischen Tradition.

Es ist m. E. wichtig – und alle demokratischen Juristen haben dies mir gegenüber bestätigt – auf die Verantwortung der Justiz für die Verbrechen der Regierung hinzuweisen und die strenge Bestrafung der Verantwortlichen zu fordern. Sie sind die Mörder mit dem Dolch unter der Robe, denen ebenso wie in Nürnberg der Prozeß zu machen ist. Hieraus folgt, daß in einem neuen Chile die Justiz eine neue, nämlich eine demokratische legitimierte und kontrollierte Rolle einnehmen muß.

FRAGE: Prof. Stuby, wenn Sie Ihre Eindrücke mit den auf ihrer Chile-Reise 1976 gesammelten Erfahrungen vergleichen, zu welchem Gesamturteil kommen Sie?

G. STUBY: Ich glaube sagen zu können, daß die Menschen in Chile mehr Hoffnung haben, obwohl es ihnen nicht besser geht, auch was die Furcht vor der Repression betrifft. Sie wissen aber, daß die Junta nicht so stark ist, daß sie durch ihre Aktionen, so klein sie auch sein mögen, nicht gefährdet werden könnte. Diese Einsicht haben sie aus den Aktionen um den Hungerstreik und die Demonstrationen während der Vorbereitung der Volksabstimmung gewonnen. Stärker besinnen sie sich auf ihre eigene Kraft, als es vor 2 Jahren der Fall war.

Sie haben eine konkretere und realistischere Perspektive als früher, wenn auch nach wie vor viele Fragen noch offenbleiben. Niemand geht davon aus, daß die Junta in nächster Zeit gestürzt werden könnte. Dieses Problem muß vielmehr in einem größeren internationalen und nationalen Zusammenhang gesehen werden. Besonders die Verwandten der Verschwundenen strahlen eine zähe Hoffnung und einen Mut aus, vor dem man nur Ehrfurcht haben kann. Die Junta ist trotz aller Differenzen zwischen ihren Hauptführern sicherlich nach wie vor stark. Genauso wie den Nazis in Deutschland ist es ihnen jedoch nicht gelungen, in den vergangenen vier Jahren die Demokratie auszulöschen und insbesondere einen Meinungswandel bei der Bevölkerung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Im Gegenteil die Isolierung der Junta ist weiter fortgeschritten. Es gibt nur wenige, die die Junta voll unterstützen. Im Grunde kann man nur noch unterscheiden zwischen solchen, die ohne Perspektive resigniert haben und solchen, die einen verbissenen Kampf um eine Verbreiterung der antifaschistischen Kräfte zum Sturz der Junta führen. Ihr Anhang nimmt ständig zu.

Sobald sich die antifaschistischen Kräfte national und international geeinigt haben, hat die Stunde der Junta geschlagen. Es liegt an uns, dies zu beschleunigen durch die Verstärkung der internationalen Solidarität.

Iván Ljubetić

Chiles Gewerkschafts- bewegung wird offensiv

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung hat eine lange Kampftradition. Schon 1919 entstanden die ersten Gewerkschaftsorganisationen und 1919 ein klassenbewußter Gewerkschaftsverband, die FOCH, die 1936 zur CTCH erweitert wurde. Höhepunkt des Einheitsprozesses war vor 25 Jahren, am 12. 2. 1953, die Gründung der CUT, die alle in der chilenischen Arbeiterbewegung bestehenden Tendenzen vereinigte und sich zum Ziel setzte, zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Chile beizutragen.¹ Auf diesem Weg war die Volksregierung von Salvador Allende die größte Errungenschaft der chilenischen Arbeiter. Nachdem sie durch den Putsch vom 11. 9. 1973 gestürzt wurde, begann eine grausame faschistische Diktatur. Unter den schwierigen Bedingungen, die dadurch entstanden, geht der Kampf der Arbeiter weiter.

Der Widerstand des chilenischen Volkes, dessen Kern und Motor die Arbeiterklasse ist, hat verschiedene Etappen durchlaufen.² Wir wollen uns hier nur auf die jüngste Periode von Mai 1977 bis März 1978 beziehen.

Zwischen dem 1. Mai und dem 20. Dezember 1977 entwickelt sich eine wichtige Etappe im antifaschistischen Widerstand! Zu ihren relevantesten Merkmalen gehört die Isolierung und Schwächung der Diktatur, die nicht mehr immer so

handeln kann, wie sie möchte. Die Repression wird fortgesetzt, doch in etwas gemilderter Form. Pinochet verliert die politische Initiative und muß mindestens formale Zugeständnisse machen: Er kündigt einen langen Weg zur Institutionalisierung an, was gegen seinen Willen eine wachsende politische Debatte eröffnet und sieht sich gezwungen, seine Geheimpolizei DINA in CNI (Nationale Informationszentrale) umzutauften.

Jetzt sind es die Gewerkschaften und die Angehörigen der Verschwundenen, die in die Offensive gehen. Höhepunkte dieser Etappe sind der Hungerstreik von 26 Angehörigen von Verschwundenen im Juni und der Streik der Kupferarbeiter von El Teniente im November 1977. Ein weiteres Merkmal ist die Annäherung der antifaschistischen Kräfte, wofür besonders drei Dokumente kennzeichnend sind: die gemeinsame Erklärung der Unidad Popular (UP) und der MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) am 15. August, das Dokument der Christdemokratischen Partei „Ein Vaterland für alle“ vom 6. Oktober und die Erklärung der UP vom 31. Oktober³.

Die internationale Solidarität hat in dieser Zeit gleichfalls eine wichtige Rolle gespielt, wobei als Höhepunkt die Verurteilung der Verbrechen der Junta durch 99 Länder am 16.

Dezember 1977 während der 32. Vollversammlung der UNO betrachtet werden kann.

Die Gewerkschaften erkämpfen sich mehr und mehr das Recht, ihre Meinung frei äußern zu dürfen. Am 1. Mai 1977 fanden im ganzen Land Hunderte verschieden große Veranstaltungen zum Internationalen Tag der Arbeiter statt, bei denen diese zu den Problemen, die sie betreffen und zur allgemeinen Lage im Land Stellung nahmen. Am gleichen Tag unterschrieben 126 Gewerkschaftsorganisationen ein Dokument, in dem u. a. festgestellt wird: „Keine Bank, keine Finanzgesellschaft, keine Geldtransaktion könnte eine einzige Weizenähre wachsen lassen, eine Brücke bauen oder ein Schiff in Bewegung setzen, ohne den verständigen Eingriff der menschlichen Arbeit. Dagegen könnte doch die Arbeit, wenn sich der Fall ergeben sollte, ohne das Geld auskommen. Das Vaterland ist die historische Tätigkeit eines Volkes. Und diese Tätigkeit ist ununterbrochene, bescheidene, im Stillen getane Arbeit“.⁴

Erkämpfung des Rechts auf Meinungsäußerung

Am 22. August antworteten vier Gewerkschaftsföderationen von Landarbeitern und Kleinbauern auf einen offenen Brief der chilenischen Bischöfe, der die Probleme auf dem Land zum Inhalt hatte. Sie erklärten: „Wir sind in erster Linie der Meinung, daß das Gesetz zur Agrarreform (16.640) und das Gesetz über die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter und Kleinbauern (16.625) vollkommen und ohne Einschränkungen anerkannt und angewandt werden müssen“.⁵

Am 30. August gaben 852 Gewerkschaftsführer, die über 500 Organisationen vertraten, ein Dokument heraus, in dem sie feststellen: „In Bezug auf den Entwicklungsprozeß der institutionellen Normalisierung sind wir als Werk-tätige der Einstellung, daß dieser Prozeß notwendigerweise zu einer schnellen Normalisierung unserer Grundrechte führen muß: Dies sind die Freiheit, die Gewerkschaftsführer zu wählen und zu ersetzen, die Freiheit zur Durchführung gewerkschaftlicher Versammlungen, die Freiheit, kollektive Forderungen aufzustellen und Tarifverhandlungen zu führen“.⁶ Anfang November unterbreiteten acht Gewerkschaftsorganisationen Pinochet ein Dokument, in dem sie „die Durchführung von Maßnahmen verlangen, die die Wirtschaft reaktivieren und für die Arbeitermassen des Landes neue Arbeitsplätze schaffen“.⁷

Wenig später, am 11. November schicken 627 Arbeiter der Kupfermine El Salvador einen Brief an den von Pinochet ernannten Vorsitzenden der Kupfergewerkschaft und fordern darin u. a., „daß die Basis stärkere Beachtung findet, daß der Regierung und der Kupfergewerkschaft unsere Probleme und Forderungen genau übermittelt werden und fähige Personen in die Gewerkschaft aufgenommen werden“.⁸

In einer öffentlichen Erklärung protestierten am 25. November 20 Vertreter verschiedener Gewerkschaften gegen die Verhaftung und Verbannung von sieben Gewerkschaftsführern und erklären: „Wenn die Regierung uns nicht anhört, uns die Autorität als Gewerkschaftsführer entzieht, einen Dialog verhindert und sich der Arbeitsundisziplin ansetzt, können wir, die wir die Gewerkschaftsbewegung anführen, nicht die Verantwortung übernehmen für Haltungen oder Aktionen die die von uns Vertretenen durchzuführen beschließen“.⁹

An den angeführten Beispielen wird deutlich, daß sich die chilenischen Werk-tätigen gegen das Verbot der gewerkschaftlichen Meinungsäußerung erfolgreich durchsetzen konnten und immer entschiedener ihre Stimme hören lassen.

Ein wichtiger und wenig bekannter Aspekt im antifaschistischen Widerstand sind die Aktionen im künstlerischen und kulturellen Bereich. Auf diesem Gebiet haben die chileni-

Gewerkschaftsstruktur



Im Art. 384 des Arbeitsgesetzbuches, das 1931 verabschiedet wurde – und das Pinochet mehrmals durch ein reaktionäreres ersetzen wollte – heißt es: „Die Arbeiter von Bergbauunternehmen, Salpeterbergwerken, Transportunternehmen, Fabriken, Manufakturen, Werkstätten und anderen Industrie- oder Handelsbetrieben, die über 25 Arbeiter verzeichnen, können eine Vereinigung bilden, die den Namen Industriegewerkschaft (Sindicato Industrial) erhält, wobei die Bezeichnung des entsprechenden Betriebes hinzugefügt wird“.

Das Gesetz sieht auch berufliche Gewerkschaften vor, die Werk-tätige des gleichen Berufszweiges vereinigen. Diese können sich auf kommunaler, Provinz- oder Landesebene konstituieren. Die staatlichen Arbeiter und Angestellten, die bis zur Volksregierung keine legalen Gewerkschaften bilden durften, sind in Verbänden organisiert, so z. B. die Bahnarbeiter, die Arbeiter im Gesundheitswesen, usw. Diese Verbände können auf Provinz- oder Landesebene gebildet werden. Auf dem Land gibt es kommunale Landarbeiter- und Kleinbauerngewerkschaften, die gemäß dem Gesetz Nr. 16.625 von 1967 mindestens 100 Mitglieder haben müssen. Die Basisorganisationen (Gewerkschaften oder Verbände) vereinigen sich zu Föderationen und diese zu Konföderationen. Der Dachverband CUT umfaßt alle Gewerkschaftsorganisationen auf kommunaler, Provinz- und Landesebene. Alle Räte der CUT auf den drei Ebenen werden von den organisierten Werk-tätigen durch direkte Wahlen bestimmt.

Die Eigenart der chilenischen Gewerkschaftsstruktur hatte die Bildung zahlreicher kleiner Gewerkschaften zur Folge: 1972 waren es insgesamt 4.800, von denen 3.000 weniger als 100 Mitglieder zählten. Politisches Gewicht hatten in erster Linie die Föderationen und Konföderationen auf Provinz- und Landesebene und der Dachverband CUT.

Nach dem Putsch richtete sich dann auch der Hauptschlag gegen die Gewerkschaftsverbände: Durch die Gesetzesverordnung 198 vom 10. 12. 1973 wurden die CUT, die Föderationen und Konföderationen verboten, während man die Basisorganisationen unter militärische Kontrolle stellte. Doch die starken Gewerkschaftsverbände ließen sich nicht einfach per Dekret aus der Welt schaffen oder durch Repression vernichten. Daher versuchte die Junta, sie in den Griff zu bekommen, indem sie Parallelorganisationen gründete oder ihr genehme Gewerkschaftsführer einsetzte. Dies waren anfangs vor allem Christdemokraten, die mit der Zeit jedoch auch in die Opposition übergingen. Einige von ihnen wurden daher wieder ersetzt. Neben diesen „offiziellen“ Gewerkschaftsvorsitzenden arbeiten einige Föderationen weiterhin mit ihren alten „illegalen“ Vorsitzenden, so z. B. die der Bauarbeiter, der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der Minenarbeiter, die Kleinbauern- und Landarbeitergewerkschaft Ranquil, u. a., die sich durch besondere Kampfber-eitschaft auszeichnen.

schen Werkträgigen eine reiche Tradition. Schon Luis Emilio Recabarren, Begründer der chilenischen Gewerkschaftsbewegung¹⁰ maß den künstlerisch-kulturellen Tätigkeiten große Bedeutung bei. Er selbst gründete um 1900 Theater- und Gesangsgruppen und schrieb mindestens ein überliefertes Theaterstück, das zur Aufführung durch Arbeiter bestimmt war.

Unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur gewinnen die kulturellen Veranstaltungen noch größere Wichtigkeit. Sie dienen als Speerspitze, um das Versammlungsverbot zu durchbrechen. Gegen Ende 1975 finden die ersten von den Werkträgigen organisierten Kulturveranstaltungen statt, doch immer wieder droht ihnen das Verbot. So konnte z. B. auch nicht der zum 1. Mai 1977 geplante Festakt stattfinden. Ab Mai letzten Jahres schafft sich aber auch auf diesem Gebiet die immer stärker werdende Kraft der Arbeiter Durchbruch.

Kunst und Kultur als antifaschistische Waffen

Es werden Festveranstaltungen organisiert, an denen Tausende von Arbeitern teilnehmen und den Beweis dafür liefern, daß die Massen wach sind und trotz jahrelanger Repression nichts von ihrem kämpferischen Geist verloren haben. Volksgruppen treten auf, die Lieder von Victor Jara und Violeta Parra singen und Gedichte von Pablo Neruda vortragen, in denen der Ruf nach Freiheit laut wird. Einige dieser Veranstaltungen werden von den Gewerkschaften organisiert, so z. B. im Dezember 1977 das erste Festival des Bauernliedes, zu dem die Landarbeiter- und Kleinbauerngewerkschaftsföderation Ranquil aufgerufen hatte oder ein großer Festakt am 25. 2. 1978 in Santiago zum 40. Jahrestag der Nationalen Minengewerkschaft, die 105 000 Minenarbeiter vereinigt. Bei dieser Gelegenheit sprach der Vorsitzende der Minengewerkschaft, Alamiro Guzmán, der auf

die im Land herrschenden Probleme einging und Lösungen forderte. Anschließend traten bekannte Sänger und Gruppen auf, während gleichzeitig eine Malerei- und Kunsthandwerk-ausstellung stattfand.

Auch andere Veranstaltungen, die von fortschrittlichen kulturellen Institutionen organisiert werden, finden die Unterstützung der Werkträgigen. So fand am 27. 8. 1977 in Santiago das 1. Festival des Volksliedes statt, unter der Schirmherrschaft der Schallplattenfirma Alerce und vom 12.-18. Dezember eine Woche für Kultur und Frieden, organisiert von der Vereinigung junger Schriftsteller, die mit einer Massenveranstaltung abgeschlossen wurde, an der etwa 10 000 Personen teilnahmen.

Die letzte große Veranstaltung dieser Art fand am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau statt. Bei dieser Gelegenheit trat auch die Sing- und Tanzgruppe des Komitees der Angehörigen von Verschwundenen auf. Tief beeindruckt verfolgte das Publikum, wie eine der Frauen allein auf der Bühne eine Cueca, den chilenischen Nationaltanz tanzte, und dabei mit jeder Geste auf einen nicht vorhandenen Partner einging. Auch zu dieser Veranstaltung, die von der Gewerkschaft der Angestellten in Privathaushalten organisiert worden war, trafen zahlreiche Grußadressen anderer Gewerkschaften ein.

Der Kampf der Massen erreichte in der Zeit von Mai bis Dezember 1977 eine neue Qualität und wurde, besonders in den Gewerkschaften, offener und härter geführt. Den Bedingungen entsprechend nahm er verschiedene Formen an. Eine davon war der Bummelstreik. Eine juntafreundliche Zeitung schrieb beispielsweise, daß am 2. August „24 Arbeiter der Meeresprodukte verarbeitenden Industrie (Procesadora de Productos Marinos) von Valparaiso vor die Staatsanwaltschaft der Marine gerufen wurden, da man sie anklagte, am Bummelstreik während der letzten Schicht beteiligt gewesen zu sein“.¹¹

Das Zentrum der Kampfaktionen liegt jedoch im Kupferbergbau, besonders in El Teniente. Dort weigerten sich die Kumpel, am 18. und 19. September zu arbeiten, an Nationalfeiertagen, an denen 150 % des Lohnes gezahlt werden, weil die allgemeine, zu den Festtagen übliche Zulage, sehr gering ausgefallen war. Später weigerten sie sich dann, Überstunden zu machen. Viele Arbeiterversammlungen fanden im Bergwerk statt, und Pinochet sah sich genötigt, persönlich am 2. Oktober hinzufahren, um zu versuchen, die Lage zu schlichten. Insgeheim bereiteten gleichzeitig Arbeiter der Unidad Popular und der Christdemokratischen Partei gemeinsam den ersten großen Streik nach dem Putsch im Kupferbergwerk vor, der zu einem vollen Erfolg wurde: 75 Prozent der 12 000 Arbeiter erschienen am 2. November nicht in der Mine, und die die kamen, arbeiteten auch kaum (siehe Kasten).

Noch im gleichen Monat führten die Hafentarbeiter einen Bummelstreik in San Antonio und Valparaiso durch. In diesem Hafen „sank die Produktivität um 50 % und am Sonntag, dem 13. November, hatte praktisch niemand Interesse daran, Überstunden zu arbeiten.“¹²

Pinochet antwortete auf diese Aktionen am 23. November mit der Verbannung von sieben Gewerkschaftsführern der Bauarbeiter, Metallarbeiter, Hafentarbeiter und Minenarbeiter von El Teniente, d. h. von denjenigen Gewerkschaften, die im Arbeitskampf an erster Stelle stehen. Die Maßnahme löste einen so breiten Protest aus, daß der Diktator in den ersten Dezembertagen seinen Befehl wieder rückgängig machen mußte.

Zum Druck im In- und Ausland kam im Dezember 1977 noch die Verurteilung der Junta durch 99 Länder der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Daraufhin versuchte Pinochet seine immer schwächere Position wieder zu festigen, indem er eine Volksbefragung durchführte.¹³

Der Aufruf zur Volksbefragung markiert den Beginn einer neuen Etappe im antifaschistischen Widerstand. Zwischen

**8 de Marzo,
Dia Internacional de la Mujer
18 hrs. Acto de Homenaje,
Teatro Caupolicán**

MUJER



Chilenisches Plakat zum Internationalen Frauentag am 8. März 1978

Bericht vom el Teniente - Streik

Trotz der polizeilichen Kontrolle und der anmaßenden Haltung der offiziellen (von der Junta eingesetzten) Gewerkschafter wurde während des ganzen Monats Oktober unter den Minenarbeitern von El Teniente diskutiert und von Mund zu Mund ging die Aufforderung, am 2. November eine Arbeitsniederlegung durchzuführen.

In der Mine tauchte das folgende Flugblatt auf:

Keiner arbeitet am 2.

Weil unser Zuhause vom Hunger heimgesucht wird
Weil wir nichts haben, um unsere Henkelmänner zu füllen
Weil die bewegliche Lohnskala eine Farce ist
Weil die (Gewerkschafts-) Führer Marionetten und Verräter sind
Weil überall Elend herrscht
Weil die Abfassung von Petitionen unser legitimes Recht ist
Für unsere Familien und unsere Rechte gehen wir von neuem in den Kampf
Bewegung 2. November
In den Tagen vor dem 2. November herrschte große Spannung. Wenn sie zustandekommen würde, wäre dies die erste gewerkschaftliche Arbeitsniederlegung gegen die Militärregierung. Die (offiziellen) Gewerkschaftsführer verstreuten Gerüchte, daß diejenigen, die an der Arbeitsniederlegung teilnehmen würden, entlassen und verhaftet würden. Die Minenarbeiter erzählen, daß sich diejenigen, die gearbeitet haben, sehr schämten, während denjenigen, die an der Arbeitsniederlegung teilgenommen hatten, großer Respekt entgegengebracht wurde. (. . .)
Der „Mercurio“, wichtigste Tageszeitung des Landes und Exponent

des konservativen Denkens, begann eine Kampagne mit der Absicht, zu verbreiten, die Kupferminenarbeiter hätten privilegierte Löhne und der niedrige Kupferpreis verbiete weitere Verbesserungen. Einige Überschriften in diesem Tenor waren: „Wieviel verdienen die Arbeiter in den Kupferminen“, „Kupferpreis limitiert die Anhebung der Löhne“ usw. Auf diese Weise wurde beabsichtigt, die Minenarbeiter von jeder solidarischen Unterstützung von Arbeitern aus anderen Bereichen zu isolieren, die ganz offensichtlich in noch schlechteren ökonomischen Bedingungen leben. Der Präsident der CODELCO verbreitete eine Erklärung, in der er die Entlassung von 49 Arbeitern ankündigte sowie die Untersuchung weiterer Fälle; und er wiederholte, daß „CODELCO verfügt hat, daß in der Abteilung El Teniente mit größter Entschiedenheit Maßnahmen durchgeführt werden in Fällen von ungerechtfertigter Abwesenheit am 2. November“.

Wie auch immer der weitere Verlauf dieses Konflikts sein wird, sicher ist, daß die Militärjunta definitiv die Unterstützung der-Beschäftigten in den Kupferminen verloren hat, und gewiß ist auch, daß die Leitungen der Kupfergewerkschaften, die als einzige noch eine Rückenstütze für die Junta waren, von der gewerkschaftlichen Basis jetzt völlig weggeschwemmt erscheinen.

(Quelle: Bericht des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte, in: Dokumente der chilenischen Gewerkschaften, hrsgb. von der CUT in der BRD, Frankfurt/M. 1978, S. 21–23)

dem 21. 12. 1977 und dem 4. 1. 1978 findet eine beeindruckende Massenmobilisierung gegen das Manöver Pinochets statt: Demonstrationen auf den Straßen und Erklärungen zahlreicher Gewerkschaftsführer und Vertreter der demokratischen Parteien machen deutlich, daß in vielen Punkten die Ansichten der Unidad Popular und der Christdemokratischen Partei (PDC) übereinstimmen. Wie wichtig eine gemeinsame Aktion dieser beiden Kräfte für die Gewerkschaftsbewegung ist, wird klar, wenn man bedenkt, daß bei den letzten Wahlen zur Bestimmung der Leitung der CUT im Mai 1972 die UP 70 % und die PDC 27 % der Stimmen erreichten. Pinochet ist sich der Gefahr, die der zunehmende Annäherungsprozeß beider politischen Kräfte bedeutet, bewußt und versucht sie auf seine Art zu verhindern. Am 13. 1. 1978 startete er eine neue Repressionswelle, die diesmal besonders gegen Mitglieder der PDC gerichtet war.

Neuer Mobilisierungsgrad der Arbeitermassen

Er ließ etwa 100 verhaften und 12 von ihnen, darunter fünf Gewerkschaftsführer, verbannte er an unwirtliche Orte in den nördlichen Anden. Doch die vom Diktator erhoffte Wirkung blieb nicht nur aus, sondern die Solidarität mit den Betroffenen führte die Reihen der antifaschistischen Kräfte noch enger zusammen. In Santiago gab die CUT eine auf Flugblättern verbreitete Erklärung heraus, in der sie die repressive Maßnahme verurteilt und gleichzeitig feststellt, daß die „faschistische Kamarilla, die sich vollkommen isoliert sieht, versucht, ihr diktatorisches Regime zu verlängern, indem sie den Terror verstärkt“. 14 In Rom führten zwei christdemokratische Gewerkschaftsführer – Jorge Frias, Mitglied des Auslandskomitees der CUT und Carlos Veloso, Mitglied ihres Zentralen Rates – einen neuntägigen Hungerstreik durch, um der Freiheitsforderung für die Verbannten Nachdruck zu verleihen. Als sie am 31. Januar ihre Aktion beendeten erklärten sie, daß sie damit das Ziel verfolgt hätten, „dazu beizutragen, im In- und Ausland das Bewußtsein nationaler Einheit zu verstärken, das absolut notwendig ist, um dem diktatorischen Regime baldmöglichst ein Ende zu setzen“. 15 Die Mobilisierung im Lande selbst und die internationale Solidarität erreichten, daß am 3. März die zwölf Verbannten wieder freigelassen wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kämpfe der Arbeiter im März 1978 richtete sich gegen die armselige Lohnanpassung von

8 %, die ab 1. April gezahlt wird, und mit der die Preissteigerungen von Dezember 1977 bis März 1978 aufgefangen werden sollen. Die Gewerkschaftsföderation der Textilarbeiter der Provinz Santiago richtete ein Schreiben an die Regierung, in dem ausgerechnet wird, daß die Preissteigerungen weit über 8 % liegen: das Brot stieg um 14 %, der Zucker um 60 %, der Reis um 42 %, die Eier um 47 % . . . Außerdem weist die Gewerkschaft daraufhin, daß 80 % der Textilarbeiter mit dem Minimallohn von 2.160 Pesos auskommen müssen, der kaum ausreicht, um 1/3 der Ausgaben einer Familie zu decken. In den ersten Monaten dieses Jahres protestierten auch Werktätige, Schüler und Studenten massiv gegen den Plan der Junta, in den Gymnasien monatliche Schulgebühren einzuführen. Der Protest intensivierte sich, als am 6. März das neue Schuljahr begann und erreichte, daß 48 Stunden später der Befehl wieder rückgängig gemacht wurde. Aktionen wie diese beweisen, daß durch gemeinsames Handeln bedeutende Erfolge erzielt werden können. So ist auch der zentrale Punkt der im März von der Kommunistischen Partei in Umlauf gebrachten Erklärung „Chile ja, Pinochet nein!“, neben einer Analyse der gegenwärtigen Lage ein erneuter Aufruf zur Einheit: „Die Konvergenz bedeutender antifaschistischer Strömungen nimmt zu, und im Kreis derjenigen, die die Diktatur Pinochets unterstützen, verstärken sich die Widersprüche, von denen einige bereits sichtbar geworden sind . . . Das Volk beginnt die Furcht zu überwinden und geht zu offeneren Kampfformen über. Es ist die Stunde der Einheit, der Initiative, des gemeinsamen Handelns, der patriotischen Verständigung“. 16

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB 7–8/1976
- 2) Vgl. AIB 9/1977
- 3) Im vollen Wortlaut in: AIB 2/1978
- 4) Verlesen in Radio Moskau, Programm Escucha Chile, 12. 2. 1978
- 5) Separata Solidaridad Nr. 10, Santiago, September 1977
- 6) Ebenda
- 7) La Tercera, Santiago, 5. 11. 1977, S. 6
- 8) Hoy, Santiago, Nr. 27/30. 11.–6. 12. 1977, S. 12
- 9) Verlesen in Radio Moskau, Programm Escucha Chile, 21. 12. 1977
- 10) Vgl. AIB 7–8/1976
- 11) La Tercera, Santiago, 3. 8. 1977, S. 6
- 12) Hoy Nr. 26, Santiago, 23.–29. 11. 1977, S. 5
- 13) Vgl. AIB 2/1978, S. 3
- 14) Verlesen in Radio Moskau, Programm Escucha Chile, 27. 1. 1978
- 15) Erklärung, die Jorge Frias für Radio Moskau telefonisch verlas; am 31. 1. 1978 im Programm Escucha Chile wiedergegeben
- 16) In Santiago herausgegebene Erklärung, verlesen in Radio Moskau, Escucha Chile, am 27. 3. 1978

Sinval Bambilra

Breiter Widerstand gegen das Geisel-Regime



Die politische, soziale und wirtschaftliche Sackgasse, in der sich Brasilien befindet, ist ohne Ausweg. Trotz der ergriffenen Maßnahmen und der von der Militärdiktatur vorgeschlagenen „Reform der Reformen“ wird es zunehmend schwieriger, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, weil ihre Ursache im Wesen des Regimes selbst liegt: in seinem faschistischen Charakter im Dienste der Multis und der großen nationalen Monopole.

Die gegenwärtige Wirklichkeit Brasiliens ist grundsätzlich durch drei Merkmale gekennzeichnet: Erstens durch den Machtzuwachs des Regimes, dessen Willkür den eigenen geschichtlichen Verfall nicht zu verdecken vermag. Die Gewalt, Grundtenor seiner Schritte, kann die Zeichen der Verwundbarkeit des Regimes nicht verschleiern; zweitens durch die Verschärfung der sozialen und wirtschaftlichen Krise; und drittens durch eine zunehmende Bewegung in der Öffentlichkeit, die das Ende der Ausnahmegesetzgebung und die Wiedereinführung der demokratischen Freiheiten und des „Rechtsstaates“ fordert (zu den ersten beiden Aspekten vgl. insbesondere AIB 3-5/1977 und AIB-Sonderdruck 2/1977, d. Red.).

Der Aufschwung des Volkswiderstandes

Es gibt ein sehr wichtiges Datum in der jüngsten brasilianischen Wirklichkeit: Es handelt sich um die wachsende Solidarität zwischen den einzelnen Sektoren des Widerstandes, die dazu beigetragen hat, die Grundlagen des Regimes zu erschüttern und die gleichermaßen die Auswirkungen der Gewalttaten des Regimes abmindert. Angst und Anpassung treten allmählich hinter Empörung, differenzierten Protesten und einer besseren Organisation und Einheit zurück.

Das Jahr 1977 ist gekennzeichnet durch sehr breite Demonstrationen, durch Aktionen und Streiks von realer politischer Bedeutung. Dokumente wurden bekannt, die in Brasilien und im Ausland große Resonanz fanden. Die Nationale Bischofskonferenz veröffentlichte ein Manifest, in dem sie die Verbrechen des Regimes anprangerte, die Wiedereinführung der demokratischen Freiheiten und eine umfassende Amnestie für alle politisch Verfolgten und alle politischen Gefangenen forderte. Intellektuelle aus allen Teilen des Landes wandten sich in einem offenen Brief an den Justizminister, Armando Falcao, und verlangten das Ende der Zensur und die Gewährleistung voller Schaffensfreiheit. Hunderte von Juristen veröffentlichten den „Brief an die Brasilianer“, eines der standhaftesten und mutigsten Dokumente, in dem sie die Ungesetzlichkeit der Militärregierung und ihres faschistischen Charakters aufdeckten. Die Arbeitergewerkschaften forderten Gewerkschaftsfreiheit, Vereinigungs- und Streikrecht, Lohnerhöhungen im Einklang mit dem Ansteigen der Lebenshaltungskosten.

Die Arbeitergewerkschaften solidarisierten sich mit der

Katholischen Kirche und den Studenten. Die Studenten organisierten verschiedene wichtige Demonstrationen und Streiks. Ausgehend von ihren spezifischen Forderungen – Verbesserung des Lehrniveaus, der Reduktion der Schulgebühren – gingen die Studenten dazu über, auch politische Forderungen zu stellen und die Willkürtaten der Regierung zu verurteilen. In Brasília, Sao Paulo, Belo Horizonte, Porto Alegre, Salvador, Recife und anderen Städten führten sie Demonstrationen und Streiks durch. In Brasília blieb die Universität wegen eines Streiks 3 Monate lang geschlossen. In Sao Paulo mußte die Polizei in einer einzigen Nacht, um eine geplante Demonstration zu verhindern (die Demonstration hatte auch die Unterstützung anderer sozialer Sektoren), 1000 Studenten festnehmen, was lebhafteste Proteste im ganzen Land hervorrief.

Auch im Parlament macht sich die Opposition bemerkbar. Verschiedene Parlamentsmitglieder der Demokratischen Bewegung Brasiliens (MDB) erhoben schwerwiegende Anklagen und denunzierten Gewaltakte, Korruption und Landesverrat. Die MDB vertritt zunehmend die Meinung der Bevölkerungsmehrheit und wird allmählich zum Werkzeug einer legalen Opposition gegen das Regime. Schweren Angriffen seitens der Diktatur war die MDB ausgesetzt – vor allem der Entzug von Parlamentsmandaten ihrer kämpferischsten Vertreter, wie es neuerlich den Fraktionsvorsitzenden der MDB in der Abgeordnetenkammer, Alencar Furtado, traf, weil er in einer von den Militärs genehmigten Fernsehsendung Verschiedenes publik machte.

Die parlamentarische Opposition macht Boden gut

Die MDB entwickelte sich zu einem nützlichen Werkzeug für die Verbreiterung der Organisation und die Aufklärung der Volksmassen in Brasilien. Die Kommunisten sind der Meinung, daß die MDB im aktuellen Rahmen aufgewertet werden muß, und sie unterstützen ihre positiven Aktionen und versuchen, Einfluß zu nehmen, damit sie in ihren Aktionen kontinuierlicher und konsequenter wird. Aus diesem Grund sind auch die brasilianischen Kommunisten für eine Teilnahme an den nun stattfindenden Wahlen – trotz aller Restriktionen, die sie kennzeichnen. Denn die Teilnahme an den Wahlen stellt keinen Selbstzweck dar und man kann einen wichtigen Aspekt nicht außer Acht lassen: Wir können von einem Wahlprozeß mit seinen politischen Wirkungen, der zwangsläufig 40 Mio. Brasilianer mobilisiert, nicht entfremdet bleiben. Die Restriktionen sind groß, aber es ist möglich, teilzunehmen und an einigen Punkten denjenigen Niederlagen zuzufügen, die derartige Wahlen veranstalten. Im Jahre 1974 konnte die MDB 16 von 22 Senatorensitzen erringen. Die deutlichsten Wahlsiege erzielte die Opposition in den Arbeiterzentren.

Die Widerstandsbewegung ist objektiv in einer Entwicklung begriffen, doch ist sie noch schwach aufgrund ihres niedrigen Koordinationsniveaus und der wenigen solidarischen Initiativen ihrer Mitglieder. Aber es ist unübersehbar, daß sie allmählich Fortschritte macht.

In diesem Zusammenhang nimmt die Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens Stellung und wendet sich an alle demokratischen Kräfte des Landes mit der folgenden Feststellung: „Unsere Aktionen müssen Festigkeit und Flexibilität haben, die notwendig sind, um sowohl Anpassung und Passivität, als auch Überstürzung und Abenteuer zu vermeiden.“ Weil die Situation überaus komplex ist und gerade die zunehmende Schwäche des faschistischen Militärregimes eine besondere Gefahr darstellt. Denn seine wichtigsten Stützen liegen in Händen, die ohne Zögern die schlimmsten Verbrechen begehen würden, um die Privilegien der Interessen zu verteidigen, denen sie dienen. Die Entführungen, Folterungen, die Morde an Patrioten, wie auch die antinationalen Taten der Diktatur während ihrer fast 14jährigen Herrschaft bestätigen all dies auf eine sehr bittere Art. Um die sich vorwärts entwickelnde Bewegung der demokratischen Kräfte zu verhindern, greifen die Machthaber zu allen Mitteln.

Bildung einer patriotischen und antifaschistischen Front

Aber die Praxis belegt, daß man ihnen die Initiative nehmen kann. Dazu ist es jedoch notwendig, daß sich die demokratischen Kräfte in der Weise organisieren, daß den faschistischen Regime stützenden Kräften keine Möglichkeit mehr bleibt. Innerhalb des Regimes gibt es Uneinigkeiten. Es geht darum, diese zu vertiefen und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Erstens erfolgte die Entlassung des Industrie- und Handelsministers, weil er Positionen im nationalen Interesse vertreten hatte. In neuerer Zeit wurde der zweitwichtigste Mann des Regimes, der Heeresminister, General Silvio Frota, entlassen, weil er eine noch größere Härte gegenüber dem Volk gefordert hatte. Er war zudem nicht mit der Designation von General Batista Figueiredo zum Nachfolger von General Geisel als Bundespräsident einverstanden.

Für eine richtige und realistische Einschätzung ist es daher unerlässlich, Festigkeit und Flexibilität zu verbinden. Es ist unerlässlich, die aktuellen Probleme zu berücksichtigen, und zugleich den Kämpfen aller Sektoren, die sich in Brasilien entwickeln, die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Und nicht nur das. Es ist notwendig, das Interesse aller Sektoren an den in der Diskussion befindlichen Problemen und Fragen zu wecken. Es ist notwendig, die Debatte auch auf Fragen auszudehnen, deren Diskussion verboten ist. Ein Beispiel hierzu lieferten brasilianische Wissenschaftler.

Die Militärregierung hat praktisch die Diskussion über das Nuklearabkommen zwischen Brasilien und der BRD verboten. Dann haben Wissenschaftler jedoch eine nationale Konferenz abgehalten und dort auch das verbotene Thema zur Diskussion gebracht. Sie zeigten die Irrtümer und Gefahren des Abkommens auf und mobilisierten auf diese Weise viele Personen. Dies hat dazu beigetragen, neue Kräfte zu rekrutieren, die verhindern, daß das Thema in den Händen des Diktators und seiner unmittelbaren Helfer bleibt. In diesem Prozeß werden allmählich die Erfahrungen und Kräfte gesammelt, um das faschistische Militärregime zu zerschlagen und ein Regime der demokratischen Freiheiten zu errichten.

Die KP Brasiliens, die zu einer verbrecherischen Illegalität verurteilt worden ist, hat im Rahmen des Möglichen versucht, ihr Wort an die Gesamtheit der demokratischen Kräfte zu richten in dem Bemühen, die Kontakte zwischen den verschiedenen Sektoren zu verbessern. Die Bemühungen konzentrieren sich auf die Einheit aller Kräfte, die gegen die Diktatur opponieren und sie bekämpfen. Diese Einheit wird

sich zunehmend um das Wesentliche organisieren. Die Kommunistische Partei schlägt die Bildung einer Patriotischen und Antifaschistischen Front vor. Das Programm wird gegenwärtig verschiedenen Personen und Personengruppen zur Prüfung vorgelegt.

Es geht wesentlich darum zu verhindern, daß durch Inkonsequenz und Verantwortungslosigkeit der Diktatur das geschenkt wird, was sie gegenwärtig am meisten anstrebt: die sich herausbildende und im Wachstum begriffene Opposition auseinanderzudividieren. Unter diesen Bedingungen wird daher eins zunehmend klarer, daß kein einziges legales, erregenes Kampfmittel aufgegeben werden darf. Das Regime muß sich an seinen eigenen Grundlagen auszehren durch seine gegen das Volk ergriffenen oder zu ergreifenden Maßnahmen.

Unabhängig von dem Klima der Angst und Unsicherheit, das man zu verstärken sucht mittels wiederholter und nicht eingehaltener Versprechungen hinsichtlich der demokratischen Normalisierung, ist der ganzen Nation heute bewußt, daß es eine Demokratie in Brasilien nicht ohne die volle Teilnahme der Arbeiterklasse, der Masse der Werktätigen und ihrer Vorhut, der Kommunistischen Partei Brasiliens geben wird. Freiheit und Demokratie sind für die Arbeiter nicht nur unentbehrlich, um bessere Lebensbedingungen zu erringen, sondern auch um tiefgreifende soziale Veränderung zu ihren Gunsten und zugunsten der ganzen Nation herbeizuführen.

Auf der Tagesordnung steht nun die Verbreiterung des Widerstands mit koordinierten Aktionen, die immer einheitlicher, realistischer und mächtiger werden müssen. Wenn auch die Aufgabe, sich von dem faschistischen Joch zu befreien, an erster Stelle dem brasilianischen Volk zufällt, so ist es doch nicht minder wahr, daß das brasilianische Volk die internationale Solidarität benötigt, deren Bedeutung immer größer und wirksamer wird.

BRASILien NACHRICHTEN

Die BRASILien NACHRICHTEN bieten monatlich aktuelle und ausführliche Berichterstattung zu Brasilien:

- **Nachrichten** Wichtige Artikel des laufenden Monats.
- **Analysen** Hintergründe und Tendenzen aus einem Paradebeispiel für ein Entwicklungsland ("Brasilianisches Wirtschaftswunder")
- **Dokumente** Wichtige Erklärungen, Reden, Hörtentbriefe, etc. finden Sie vollständig und in deutscher Sprache meist zuerst in unserer Zeitschrift.

aus den Bereichen - Politik - Wirtschaft - Opposition und Repression - Kirche - Kultur - Militär - Indianer - Infrastruktur

Dazu werden von einem zentralen Redaktionsteam brasilianische und deutsche Zeitschriften ausgewertet, u. a. Jornal do Brasil, Idéi, par Luftpost, Movimento, Voz, Iteod, Brasil livre - und -eine Fülle von kirchlichen und wissenschaftlichen Zeitschriften.

Ferner:

- Rezensionen und Vorstellung wichtiger Neuerscheinungen hier und in Brasilien in der Sparte Bücher / Filme / Tonbildstreifen.
- Im feilich genannten Mittelteil des Forum der "Aktion Brennpunkt Brasilien" mit Ankündigung und Berichten von Seminaren und Tagungen, Vorstellung der Gruppen, ihrer Aktionen und Projekte. Dieser Teil wird von den Gruppen selbst gestaltet.
- Sondernummern, die ausführlich auf bestimmte Themen eingehen, wie Folter (Nov. 77), Literature de cordel (=Volksliteratur im Nordosten), Gesundheitswesen und andere.

Die BRASILien NACHRICHTEN werden von den in der " Aktion Brennpunkt Brasilien " zusammengeschlossenen Gruppen herausgegeben.

Wir wollen damit helfen, das Elend dort auch als Ergebnis des Wohltandes in der BRD zu begreifen über Ansätze der brasilianischen Bevölkerung zu ihrer Befreiung berichten und sie mit praktischer Solidarität hier in der BRD unterstützen. Deshalb würden wir uns freuen, auch Sie demnächst als Abonnent begrüßen zu können. Schicken Sie uns dazu den Bestellabschnitt ausgefüllt zurück.

Ein Jahresabonnement für 12 Ausgaben kostet 18,- DM, incl. Porto und Versand. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie ein Förderabonnement abschließen, für 25,- DM im Jahr. Sondernummern - im Abonnement nicht enthalten - werden in der jeweiligen Monatsausgabe angekündigt.

Bestellcoupon

Ich möchte die BRASILien NACHRICHTEN kennenlernen und bitte um unverbindliche Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Ich möchte ein Vorzugsabonnement für die nächsten drei Nummern der BRASILien NACHRICHTEN z. Preis von DM 4,- (incl. Porto).

Ich abonniere die BRASILien NACHRICHTEN ab _____ (Monat) _____ (Jahr)

zum Normalpreis von DM 18,- pro Jahr (incl. Porto u. Verpackung). als Förderer zum Preis von DM 25,- pro Jahr.

Bitte senden Sie mir Informationen über die Vorteile der Gruppenbestellungen.

Abender (bitte in Druckbuchstaben) _____ Datum: _____

Bitte senden an:
BRASILien NACHRICHTEN
 Vertrieb:
 Bachstr. 40, 7400 Tübingen

Rechnung geht mit der ersten Lieferung zu, bitte keine Vorauszahlung. Abstellung des Abonnements zum 30. 09. auf das jeweilige Jahresende.

Der nachfolgende Beitrag des Generalsekretärs der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), Gamani Corea, zieht eine kritische Bilanz der internationalen Diskussion um die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer. Ausgehend von den Schwächen der 1970 verabschiedeten „Internationalen Strategie für das Zweite Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen“ analysiert Corea den Stand der Verwirklichung des Konzepts der „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“. Der Beitrag des UNCTAD-Generalsekretärs steht im Vorfeld der in jüngster Zeit verstärkten internationalen Diskussionen um die Neuformulierung der UNO-Entwicklungsstrategie, die für das Jahr 1980 ansteht.

Während sich die Ende 1977 von Weltbank-Präsident McNamara ins Leben gerufene „Brandt-Kommission“ vornehmlich der „Entschärfung“ des Kampfes der Entwicklungsländer um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung und der Verwirklichung der von westlichen Interessen bestimmten Konzeption des „Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd“ verschrieben hat, setzt Gamani Corea andere Akzente. Ausgehend von der Erfahrung, daß sich eine Vielzahl von entwickelten kapitalistischen Staaten — so auch die BRD — verbal zu den Zielen der „Internationalen Strategie“ von 1970 bekannt haben, in der Praxis jedoch auf deren Verwirklichung immer noch gewartet werden muß, geht es dem Generalsekretär der UNCTAD nicht nur um mehr Verbindlichkeit bei der Festlegung internationaler Zielsetzungen. Vor dem Hintergrund der westlichen Verzögerungstaktik bei der Verwirklichung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung hält Corea eine solche Präzisierung der internationalen Entwicklungsstrategie für erforderlich, in der der Kampf der Entwicklungsländer um die Stärkung ihrer Position innerhalb der Weltwirtschaft und gegenüber den multinationalen Konzernen mit der forcierten Inangriffnahme interner Strukturveränderungen in der Dritten Welt und einem Mehr an Eigenständigkeit („self reliance“) der Entwicklungsländer im Entwicklungsprozeß verbunden wird. Die so bestimmten neuen Elemente einer internationalen Strategie enthält ein zweiter Beitrag Coreas, der in AIB 6/1978 folgen wird.

Gamani Corea

Kritik des überkommenen Entwicklungshilfekonzepts

Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß es der bestehenden internationalen Entwicklungspolitik weitgehend mißlungen ist, ihre vorgesehenen Ziele zu erreichen. Die Hoffnungen, die 1970 bei der Annahme durch die Vollversammlung in die Internationale Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade (1970–1980) der Vereinten Nationen¹ gesetzt wurden, sind im wesentlichen enttäuscht worden. Man könnte argumentieren, daß die Existenz dieser Strategie keine bedeutsame positive Auswirkung auf den Weg der Entwicklung der Dritten Welt gehabt hat. Tatsächlich scheint es heute offensichtlich zu sein, daß die in der Strategie vorgesehenen politischen Maßnahmen, selbst wenn sie vollständig verwirklicht worden wären, keine angemessene Basis für eine langfristige Entwicklung der Entwicklungsländer gewesen wären.

Es ist daher sehr wichtig, eine objektive Analyse der Schwächen der Strategie zu erstellen, besonders was ihre Grundkonzeption und die ihr zugrundeliegenden Annahmen betrifft. Das ist die Voraussetzung zur Einschätzung der zu erwartenden Wirkung des von der UN-Vollversammlung 1974² eingeschlagenen neuen Weges der Entwicklungsstrategie — eines Weges, der auf dem Konzept einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung basiert.

Die Kernidee der Strategie war die Vorstellung von einer Weltwirtschaft, in der der wirtschaftliche Aufschwung in den Industrieländern auf die Entwicklungsländer über die Mechanismen des Handels, den Technologie-Transfer und die Entwicklungshilfe, welche die Wirtschaft der Dritten Welt an die der Industriestaaten bindet, übertragen werden sollte. Das sollte bewirken, daß durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den Industrieländern die Nachfrage nach Exportgütern der Entwicklungsländer gesteigert und dadurch deren Realinkommen als auch ihre Kapazität zum Ankauf der für ihre Entwicklungsprogramme erforderlichen Güter wachsen würde. Ferner würde der wirtschaftliche Aufschwung in den Industrieländern, so war angenommen worden, sowohl zu



einer wachsenden Verfügbarkeit der Entwicklungsländer über die zur Industrialisierung notwendigen modernen Technologien als auch zu einer Erhöhung der finanziellen Mittel für die Dritte Welt führen.

Aus dieser Grundidee vom Funktionieren der Weltwirtschaft und von den Mechanismen, durch die Wachstumsimpulse von reichen auf arme Länder übertragen werden könnten, folgt, daß der Übertragungsprozeß erleichtert würde durch das Einreißen der von den Regierungen aufgebauten Barrieren gegen die freien Handels-, Technologie- und Investitionsbeziehungen, und durch die Regulierung restriktiver Praktiken, die diese Beziehungen behindern. Die Schlüsselforderungen der Strategie wurden somit auf Maßnahmen konzentriert, die ergriffen werden sollten, um den Marktzugang zu erleichtern, um die Übertragung der Technologie unter gerechten und annehmbaren Bedingungen zu fördern, und eine wesentliche Expansion der Finanzierungsmittel für die Entwicklung zu erreichen. Die von der Strategie festgelegten quantitativen Ziele schlossen insbesondere das Wachstum im Außenhandel der Entwicklungsländer und in der Bereitstellung von finanziellen Mitteln ein, wobei die öffentliche Entwicklungshilfe ein gesondertes Ziel darstellte.

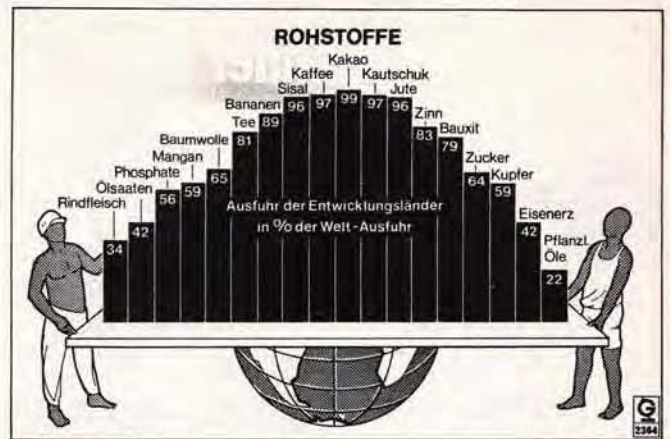
Diese Idee eines expandierenden Weltwirtschaftssystems, in dem Wachstum in Entwicklungsländern als eine Wachstums spiegelerung in der übrigen Welt begriffen wurde, hat sich als fehlerhaft erwiesen. Einerseits sank die Wachstumsrate der Industrieländer, die sich von 1950 bis 1960 auf relativ hohem Niveau hielt, nach 1973 beträchtlich, und für den Rest der gegenwärtigen Dekade sprechen die Aussichten für eine andauernd geringere Wachstumsrate. Dieses Zurückbleiben des wirtschaftlichen Wachstums in den (kapitalistischen, d. Red.) Industrieländern seit der Annahme der Strategie führte zu einem Bedeutungsverlust, wenn nicht gar zur Untergrabung des Kerngedankens der Strategie der Wachstumsübertragung.

Die zentrale Bedeutung der Multis

Andererseits wurde nicht in Betracht gezogen, daß die relative Bedeutung des Außenhandelssektors innerhalb der Entwicklungsländer sehr unterschiedlich ist, so daß die Einwirkung einer angenommenen Exportexpansion wahrscheinlich ganz verschiedene Auswirkungen hätte. Besonders für dicht bevölkerte arme Länder machen die Exporte nur einen kleinen Anteil des Nationalprodukts aus, so daß der Anstoß zum Gesamtwirtschaftswachstum, der durch den Exportsektor weitergegeben werden könnte, dementsprechend gering wäre.

Eine zweite Hauptannahme der Strategie, daß nämlich die Grundforderungen wie der Abbau von Handelsschranken, die Erweiterung des Technologietransfers und die Erhöhung der Entwicklungshilfe vollkommen verwirklicht werden würden, hat sich ebenfalls als falsch erwiesen. Obwohl die Regierungen eine allgemeine Verpflichtung zur Anwendung der Empfehlungen der Strategie übernommen hatten, legten sie sich gewöhnlich nicht auf konkrete Verpflichtungen über bestimmte Maßnahmen fest. Während ferner einige Regierungen positive und bedeutsame Maßnahmen ergriffen, um die Kerngedanken der Strategie zu verwirklichen, bestimmte die Mehrheit der Regierungen – und insbesondere jene mit dem am meisten entwickelten Markt – ihre Wirtschaftspolitik nicht neu nach den in der Strategie festgelegten Grundsätzen.

Drittens lag eine Schwäche des Strategieansatzes darin, daß nicht in Betracht gezogen wurde, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern mehr und mehr von den Aktivitäten transnationaler Gesellschaften beherrscht werden, die einen wesentlichen Teil des Außenhandels der Entwicklungsländer kontrollieren und die einen Hauptanteil an deren Produktion haben. Die

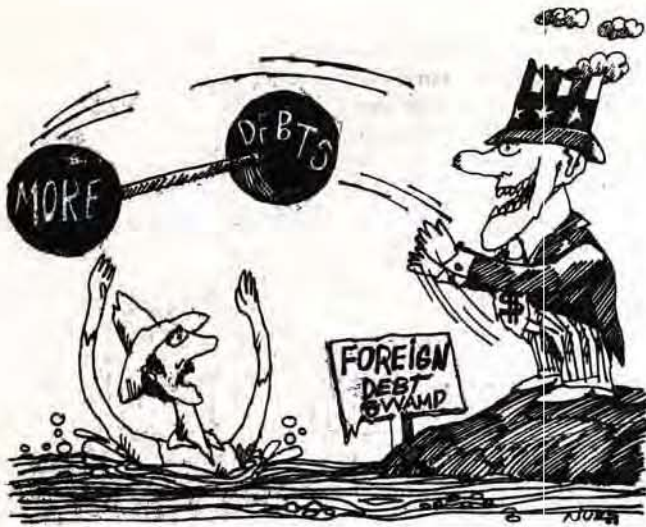


von diesen Gesellschaften zentral getroffenen Entscheidungen können eine wichtige Wirkung auf den Entwicklungsgang und das Entwicklungsmodell bestimmter Länder ausüben. Die transnationalen Gesellschaften können sowohl die Geldmittel, die Technologie, das Know-how als auch das Marketing für lebenswichtige neue Investitionen in Entwicklungsländern, vor allem in den Industrie- und Bergbausektoren, beschaffen. Im allgemeinen liegen ihre Interessen trotzdem nicht so sehr in einer allseitigen wirtschaftlichen Entwicklung der Gastländer als vielmehr in der Maximierung ihres Gesamtgewinns. Dies führt bei ihren Investitionen in Entwicklungsländern zu einer bevorzugten Beschaffung von Rohstoffen für die Bearbeitung im eigenen Land und zu einer Produktionsweise, die auf jener Technologie basiert, die sie besitzen oder kontrollieren.

Auf diese Art und Weise streben die transnationalen Gesellschaften danach, der Dritten Welt unangepaßte Entwicklungsmuster aufzuzwingen. Ferner gelangen die transnationalen Gesellschaften durch ihre effektive Kontrolle der neuen Technologie und des internationalen Marketings in eine Position, die es ihnen ermöglicht, einen wesentlich größeren Gewinnanteil aus dem Handel zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern zu erwirtschaften, als es der Fall sein würde, wenn die wirtschaftliche Macht unter beiden Ländergruppen gleich verteilt wäre. Das „normale Wirken der Marktmechanismen“ hat sich so ausgewirkt, daß der Grad der tatsächlichen ökonomischen Entwicklung der Dritten Welt eingeschränkt wurde. In der Tat zogen während der ganzen Periode von mehr als zwei Jahrzehnten beispielloser Wirtschaftsexpansion in den Industrieländern, die Anfang der 70er Jahre zu Ende ging, relativ wenige Entwicklungsländer aus dem Übertragungseffekt dieser Expansion Nutzen für ihre eigene Wirtschaft. Die Kernidee, worauf die Strategie beruhte, entsprach so nur in begrenztem Maße der institutionellen Realitäten der Weltwirtschaft.

Unzureichende Strukturveränderungen in Entwicklungsländern

Eine vierte wichtige Annahme, worauf die Strategie beruhte, war, daß das Wirtschaftswachstum, im Sinne einer Expansion des Bruttosozialprodukts in Entwicklungsländern eine wirtschaftliche Entwicklung in breitem Ausmaß hervorrufen würde. Die Strategie erkannte zwar einen Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung. In der Tat wurde betont, daß „qualitative und strukturelle soziale Veränderungen Hand in Hand mit einem schnellen Wirtschaftswachstum gehen müssen und, daß bestehende Unterschiede – regionale, sektorale und soziale – wesentlich reduziert werden müssen“. Weiterhin wurde als eine ausdrückliche Voraussetzung genannt, daß solche strukturellen Veränderungen notwendigerweise ein integraler Bestandteil des Wachstumsprozesses selbst sein müssen, daß also „Umverteilung plus



Entwicklungsländer im Sumpf der Auslandsverschuldung

Wachstum“ der rationale zu verfolgende Ansatz darstelle.

Es ist jetzt jedoch offensichtlich geworden, daß viele Entwicklungsländer eine auf „Umverteilung plus Wachstum“ beruhende Entwicklungsstrategie nicht genug betont haben. Allerdings hätte eine solche Haltung für die bestehende sozioökonomische Struktur in vielen Ländern kritische Probleme hervorgerufen. Das Mißlingen der Durchsetzung der in der Strategie vorgesehenen qualitativen und strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen hatte zur Folge, daß die Einkommensunterschiede in vielen Entwicklungsländern größer geworden zu sein scheinen, während Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Unterernährung und Hunger sich ausgeweitet haben. Entwicklung, die jeder Bevölkerungsschicht reale wirtschaftliche Vorteile verschafft, verlangt eine entsprechende strukturelle Veränderung bestehender Gesellschaften und kann in vielen Entwicklungsländern offenbar nicht einfach einem bloßen Wirtschaftswachstum auf der Grundlage der bestehenden sozioökonomischen Struktur überlassen werden.

Die Schwäche der Strategie bezüglich ihrer Aufgabe, einen Entwicklungsprozeß einzuleiten, muß also grundsätzlich der Tatsache zugeschrieben werden, daß ihre Grundgedanken und Voraussetzungen nicht mit den Realitäten des Weltwirtschaftssystems und der Notwendigkeit übereinstimmen, die Stellung der Entwicklungsländer als abhängiges Sub-System zu verändern. Eine andere unbegründete Annahme war der Glaube, daß die Regierungen der Verwirklichung der Empfehlungen der Strategie hohe Priorität einräumen würden. Obwohl, wie bereits erwähnt, sogar eine volle Anwendung eine unzulängliche Basis zur langfristigen Entwicklung der Dritten Welt gewesen wäre, hätte sie jedoch kurzfristig den Entwicklungsländern eine wichtige Unterstützung in ihren Bestrebungen geleistet, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf ihre Entwicklungsprogramme zu begrenzen.

Die neue internationale Wirtschaftsordnung

Die Ineffektivität der Internationalen Entwicklungsstrategie hatte schon während ihrer ersten Überprüfung nach zwei Jahren durch die UNCTAD und andere UN-Organisationen im Jahre 1973 Anlaß zur Sorge gegeben, besonders unter den Entwicklungsländern. Während der VI. Sondersitzung der Vollversammlung im April 1974 war die Weltwirtschaft Zeuge einer dramatischen Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses infolge der Aktivitäten der Mitglieder der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) und auch des Auftretens einer weitverbreiteten, in den entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern konzentrierten Wirt-

schaftskrise, einer Krise, die für die Entwicklung in der Dritten Welt einen ernsten Einbruch zu verursachen drohte.

Als Ergebnis dieser Ereignisse in der (kapitalistischen, d. Red.) Welt wurde das Bedürfnis nach radikalen Veränderungen des institutionellen Rahmens der internationalen Wirtschaftsbeziehungen weitgehend anerkannt. Die Annahme der Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) durch die Vollversammlung, die die Deklaration und das Aktionsprogramm über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung enthielten, stellte eine formelle Anerkennung des Bedürfnisses nach solchen institutionellen Veränderungen von Seiten der Internationalen Gemeinschaft dar. In dieser Hinsicht unterscheiden sich, ja kontrastieren die Deklaration und das Aktionsprogramm von dem in der Strategie festgelegten Ansatz. Die Herangehensweise der Strategie war eigentlich ein Versuch, dem Problem der Entwicklung innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens durch eine Reihe von ähnlichen Maßnahmen beizukommen, die dazu bestimmt waren, den Entwicklungsländern einen größeren Anteil an den Vorteilen der Wirtschaftsexpansion der Industrieländer zu verschaffen. Die Deklaration und das Aktionsprogramm sind im Gegensatz dazu ein Versuch, den institutionellen Rahmen selbst umzustrukturieren.

Dieser Unterschied im Herangehen an das Problem der Entwicklung war nicht unbedingt offensichtlich, da das Aktionsprogramm die meisten politischen Bestimmungen der Strategie enthält, wobei noch Maßnahmen zur Veränderung bestehender institutioneller Strukturen hinzukommen, mit dem Ziel, das internationale Wirtschaftssystem weitaus mehr für den Entwicklungsprozeß zu nutzen als es im Augenblick möglich ist. Die Deklaration und das Aktionsprogramm sind deswegen oft interpretiert worden als eine Bestätigung, ja sogar als Bekräftigung der ursprünglichen Strategie. Diese Interpretation übersieht aber den grundsätzlichen Unterschied im Herangehen an das Entwicklungsproblem.

Reduktion der Abhängigkeit

Bevor wir den besonderen Inhalt des Ansatzes der Deklaration und des Aktionsprogramms und die darin vorgesehenen institutionellen Veränderungen einschätzen, ist es nützlich, die neue Sichtweise der internationalen Hemmnisse des Entwicklungsprozesses zu betrachten, die die Deklaration vornimmt. Dieses Dokument weist u. a. darauf hin, daß die bestehende internationale Wirtschaftsordnung mit einer wahren Entwicklung nicht zu vereinbaren ist, da sie ein Herrschaftsverhältnis verewigt und eine dauernde Ungleichheit und Verschwendung von Ressourcen bewirkt. Eine neue Wirtschaftsordnung ist folglich notwendig aufgrund „der unwiderruflichen Veränderungen des Kräfteverhältnisses“ in der Welt. Die Entwicklungsländer sollten daher „eine volle und effektive Beteiligung auf der Basis der Gleichheit bei der Lösung der Weltwirtschaftsprobleme“ erlangen.

Im Einklang mit diesen neuen Einschätzungen fordert das Aktionsprogramm eine wirkliche Souveränität der Entwicklungsländer über die Verwendung ihrer Rohstoffe, die Kontrolle der Aktivitäten transnationaler Gesellschaften, die Förderung von Produzentenvereinigungen und eine Entwicklung auf der Basis kollektiver Eigenständigkeit. Diese Herangehensweise bedeutet, daß das vorrangige Vertrauen auf die „Marktkräfte“, was die Übertragung des Wirtschaftswachstums der Industrieländer auf Entwicklungsländer und eine optimale internationale Arbeitsteilung sowie eine rationelle Ausbeutung der Weltressourcen betrifft, im Endeffekt überwunden worden ist. Stattdessen wird jetzt das Hauptgewicht auf zwei umfassende zusammenhängende politische Linien gelegt: erstens auf Maßnahmen, um die übermäßige wirtschaftliche Abhängigkeit der Entwicklungsländer zu reduzieren, indem es diesen Ländern erlaubt wird, die volle Kontrolle über die Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen auszuüben; und zweitens

auf Maßnahmen, um die beschleunigte Entwicklung der Länder der Dritten Welt selbst zu fördern, auf der Basis des Prinzips der kollektiven Eigenständigkeit.

Was die Umstrukturierung der die internationalen Wirtschaftsverhältnisse regelnden bestehenden Institutionen zugunsten der Entwicklungsländer betrifft, bezieht sich die Kernidee der Deklaration und des Aktionsprogramms auf die zugrundeliegende Annahme, daß solch eine Umstrukturierung nur aus einer vergrößerten Verhandlungsmacht auf Seiten der Entwicklungsländer entstehen kann. Die Verteilung der Vorteile aus dem wirtschaftlichen Austausch wird so nicht mehr als unvermeidliche Auswirkung des Operierens von Kräften des Marktes begriffen. Die Kräfte des Marktes sind vielmehr ihrerseits – wie im Konzept der Deklaration und des Aktionsprogramms enthalten – eine Widerspiegelung der weitaus machtvolleren Position der Interessen der entwickelten Länder im Verhältnis zu denen der Dritten Welt.

Die Bedeutung der ökonomischen Charta

In diesem Zusammenhang betrachtet, werden die politischen Empfehlungen der ursprünglichen Strategie eher zu Nebenmerkmalen als zu Hauptpunkten eines neuen globalen Herangehens an das Entwicklungsproblem. Sowohl Maßnahmen zur Erhöhung der finanziellen Mittel, zur Förderung des Marktzugangs, zur Erleichterung des Transfers von moderner Technologie unter gerechten und annehmbaren Bedingungen, als auch andere in der ursprünglichen Strategie enthaltene Maßnahmen bekommen insoweit einen neuen Stellenwert als sie dazu beitragen, die Ziele der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zu erreichen. Das ist vor allem in dem Maße der Fall, wie solche Maßnahmen angemessene strukturelle Veränderungen in dem bestehenden institutionellen Rahmen mit sich bringen oder damit verbunden werden können.

Die relativ neuen Konzeptionen und Erkenntnisse, die in der Deklaration und dem Aktionsprogramm über eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung enthalten sind, sind auch in der durch die XXIX. UN-Vollversammlung angenommene Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten³ (Resolution 3281) enthalten. Die Charta wurde von der Vollversammlung als „ein effektives Instrument zur Errichtung eines neuen Systems von internationalen wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der souveränen Gleichheit und der gegenseitigen Interessen der entwickelten und Entwicklungsländer“ vorgesehen. In ihrer Präambel betont die Charta u. a. die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Förderung von strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft und der Verstärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer zur Erreichung ihrer Ziele.

Viele der in der Charta festgesetzten Maßnahmen, einschließlich der Kontrolle und Überwachung der Aktivitäten von transnationalen Gesellschaften innerhalb nationaler Grenzen, des Rechts der Staaten, an Organisationen von Rohstoffproduzenten teilzunehmen, und des Rechts aller Staaten voll und effektiv an den internationalen Entscheidungsprozessen bei der Lösung von weltwirtschaftlichen, Finanz- und Währungsproblemen teilzunehmen, sind offensichtlich dazu bestimmt, die Macht der Entwicklungsländer bei Verhandlungen mit den Industrieländern zu erhöhen, und dabei den bestehenden Abhängigkeitsstatus der Entwicklungsländer zu reduzieren. Die Charta ist somit ein wichtiges Hilfsmittel der internationalen Bemühungen zur Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung.

Die Resolution 3362 der VII. Sondersitzung der Vollversammlung über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit⁴ weicht etwas im Charakter von den drei anderen oben besprochenen Dokumenten ab. Während

die letzteren sich mit der groben Strategie der internationalen Entwicklungspolitik und mit Maßnahmen beschäftigen, sowohl was den kurzfristigen als auch den langfristigen strukturellen Charakter der Durchführung der Strategie betrifft, befaßt sich die Resolution über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit fast ausschließlich mit sofort zu ergreifenden Maßnahmen.

Im allgemeinen spricht die Resolution nochmals die Verpflichtung der Internationalen Gemeinschaft zur frühen Behandlung von in Betracht kommenden oder während der Verhandlungen sich ergebenden zentralen Problemen in jedem der Hauptsektoren des internationalen Handels und der Entwicklungspolitik an. Die einstimmig angenommene Resolution hat der UNCTAD und anderen internationalen Organisationen einen Anstoß gegeben, konkrete Ziele der in der Strategie und im Aktionsprogramm über die Neue Internationale Wirtschaftsordnung enthaltenen Konzeptionen in Angriff zu nehmen. Sie stellt aber keinen neuen analytischen Rahmen für eine effektivere internationale Entwicklungsstrategie dar. (. . .)

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: Development & Socio-Economic Progress, Kairo, Nr. 1/1977, S. 9–15)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Wortlaut in: D. Nohlen/F. Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Hamburg 1974, S. 49–69
- 2) Gemeint ist die VI. Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die eine Erklärung und ein Aktionsprogramm zur Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beschloß. Wortlaut in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6 und 7/1974
- 3) Wortlaut in AIB, Nr. 4/1975
- 4) Wortlaut in: Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 49, Bonn, Juni 1975

Filme zur Solidarität mit Chile



- *ICH WAR, ICH BIN, ICH WERDE SEIN
- *ERINNERE DICH MIT LIEBE UND HASS
- *DIE FÄUSTE VOR DER KANONE
- *EINE MINUTE DUNKEL MACHT UNS NICHT BLIND
- *CHILENISCHER SEPTEMBER
- *DER KRIEG DER MUMIEN
- *EL GOLPE BLANCO
- *PABLO NERUDA
- *VENCEREMOS
- *GELDSORGEN
- *MITBÜRGER
- *PSALM 18

FILMLISTE ANFORDERN! Filme bitte frühzeitig bestellen.

Dantestr. 29
Postfach 45
8000 München 19
Tel: 089-156061

UNIDOC
Film für den Fortschritt

Palästina - Filmwochen



Ab April/Mai d. J. laufen in einer Reihe von Orten der Bundesrepublik, u. a. in München, Stuttgart und Köln, Palästina-Filmwochen an, deren Ziel in der Informierung einer breiteren Öffentlichkeit über Unterdrückung und Widerstand des arabischen Volkes von Palästina gesehen wird. Die gemeinsam vom

Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und dem Bonner Filmverleih Ciné Terz in Zusammenarbeit mit der Bonner Informationsstelle Palästina und dem Münchner Palästina-Komitee veranstalteten PALÄSTINA-FILMWOCHE. 1948-1978, 30 Jahre Palästinafrage im Film

bieten ein ansehnliches Repertoire von insgesamt elf Palästina-Filmen arabischer und westeuropäischer Autoren. Das Programm enthält überwiegend geschichtliche und aktuelle Dokumentarfilme.

Einen gerafften historischen Abriss von der osmanischen Despotie in Palästina über die britische Mandats Herrschaft und die ihr verbündete zionistische Siedlungsbewegung bis hin zum Junikrieg Israels 1967 gibt Jean Vianneys ansehnlicher Film **Betrug des Vertrauens** (1974).

Ein von israelischen Truppen im Oktober 1956 gegen ein arabisches Dorf verübtes Massaker und die ihm folgende Gerichtsfarce sind Gegenstand des packenden Spielfilms des libanesischen Regisseurs Borhan Alaouye mit dem Titel **Kafr Kassem** (1974). Eine gelungene Synthese von historischem Rückblick und aktueller Szenenausschnitten zur politisch-sozialen Situation in Israel stellt die Produktion von M. Vosz/A. Hielscher/H. J. Weber dar: **Gelobtes Land** -

Israel zwischen Traum und Wirklichkeit (1973). In den Mittelpunkt rückt das keineswegs untypische Schicksal der alten arabisch-palästinensischen Gemeinde Ikrit, deren Bewohner von den israelischen Behörden unter dem Vorwand einer „vorübergehenden“ Umsiedlung vertrieben wurden und Tausende auch jüdischer Demokraten für ihr Recht auf Rückkehr in Protestmanifestationen gegen die Regierungspolitik mobilisieren. Vom Schicksal und der Lage palästinensischer Flüchtlinge handelt der - nach einem Buch des 1973 ermordeten Palästinenser-Dichters Ghassan Kanafani gedrehte - bewegende Spielfilm des ägyptischen Regisseurs Tewfik Saleh **Die Betrogenen** (1973), der in das Beispiel dreier vertriebener Palästinenser einmündet, die als Betrogene einen symbolhaften Tod auf einer Müllhalde vor den Toren des ölreichen Kuwait erleiden. Von der Diskriminierung und Bedrohung palästinensischer Flüchtlinge wie ihrem Widerstandskampf in Palästina bzw. dem Süd-Libanon handeln auch die Dokumentarfilme **Kampf um den Boden** (1977), **Ruf des Bodens** (1975), **Der Olivenbaum** (1975), **Zionistische Aggression** (1972), **Sanaoud** (1973) und **Die Palästinenser** (1975). Höchst beeindruckend ist schließlich ein unter der Regie Franz Lehmkuhls entstandener Dokumentarfilm von 1977 mit dem Titel **Rashidiya**: Nach der Zerstörung Tel al-Zataars, in dessen höllische Belagerung zurückgeblendet wird, hatten in Rashidiya zahlreiche Überlebende eine neue Bleibe gefunden. Doch auch hier gehören die Bedrohung durch israelischen Artilleriebeschuss bzw. Bombenangriffe und Zerstörung ebenso zum Alltag wie die hilfreiche Integration der neuen Flüchtlinge in die Lagergemeinschaft. Doch für alte wie neue Lagerinsassen kann Rashidiya nur eine Bleibe sein, Zwischenaufenthalt auf dem Rückweg in ihre Heimat Palästina . . .

Den Veranstaltern dieser Filmwochen ist zu wünschen, daß ein Schritt hin zur Objektivierung des Palästinabildes in der bundesdeutschen Öffentlichkeit getan werden möge. Auf jeden Fall können solche kulturpolitische Initiativen Impuls für das Werden einer Palästina-Solidaritätsbewegung auch hiezulande sein. **W. Bröner**

Kartellmacht in Brasilien



Internationale Konzerne bilden heute das dominierende Strukturmerkmal der kapitalistischen Weltwirtschaft. Das Problembewußtsein für ihre Bedeutung gerade in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen Industrienationen und Entwicklungsländern ist in den 70er Jahren beträchtlich gewachsen. Dennoch ist es aufgrund der Operationsweise der „Multis“ nicht immer einfach, ihr Vorgehen, ihre Methoden und Praktiken bei der Beeinflussung von Wirtschaft und Politik in der Dritten Welt zu durchschauen. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Buch

Kurt Rudolf Mirow, Die Diktatur der Kartelle. Zum Beispiel Brasilien - Materialien zur Vermachtung des Weltmarkts, rororo-aktuell Nr. 4187, Reinbek 1978, 173 S., DM 6,80

eine besondere Bedeutung. Als Mitinhaber eines mittleren brasilianischen Elektronunternehmens ist Mirow selbst ein Opfer des Drucks, den multinationale Konzerne auf kleinere Konkurrenten entfalten können. Freilich sieht er ihr Wirken vielfach aus der Perspektive des mittelständischen Unternehmers, dessen primäres Interesse auf die eigene ökonomische Entfaltung, nicht jedoch auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse - deren eigenes Entwicklungsergebnis die Zusammenballung wirtschaftlicher Potenz und politischer Macht ist - gerichtet ist. Dies muß beim Lesen des vorliegenden Buches beachtet werden. Jedoch ist Mirow ein Paradebeispiel dafür, wie heute Teile der nationalen Bourgeoisie in den Ländern der Dritten Welt in Widerspruch zu den großen internationalen Mono-

polen und damit zu den bestehenden Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft geraten und zu vehementen Verfechtern der Einschränkung und Kontrolle der Macht der Multis werden können.

In jahrelangen Recherchen hat Mirow versucht, der Zerstörung der mittelständischen Industriezweige, besonders in Brasilien, auf den Grund zu gehen. Dabei hat er eine Fülle von Beweismaterial über die Kartellierung des Weltmarktes und der brasilianischen Wirtschaft durch internationale Firmenkonsortien zusammengetragen, was sein Buch zu einer Fundgrube von oftmals bislang unbekanntem Beispielen für das Treiben der Multis macht. Neben der Auswertung offizieller und offiziöser Untersuchungsberichte aus 9 Ländern und von internationalen Organisationen zieht Mirow vor allem Unterlagen aus einer Fülle von Prozessen heran, die bislang gegen multinationale Konzerne geführt worden sind. Gerade die erdrückende Beweislast hat den Verfasser des öfteren mit den Konzernen selbst und auch mit dem brasilianischen Regime, das ja bekanntlich dem Auslandskapital Tür und Tor geöffnet hat, in Konflikt gebracht. Wenige Tage nach Erscheinen wurde die brasilianische Ausgabe des vorliegenden Buches verboten.

Den Hauptakzent legt der Verfasser auf den durch das Wirken internationaler Konzerne ausgelösten Ruinierungsprozeß der einheimischen Industrien in Entwicklungsländern. Am detailliertesten ist seine Beschäftigung mit dem internationalen Elektrokartell. Dabei wird der Untersuchung der westdeutschen Elektrogiganten Siemens und AEG großer Raum eingeräumt. Ein Beispiel von vielen: Minutiös zeigt Mirow, wie das Instrumentarium jener Konzerne selbst versuchten Diebstahl, Bombenattentate und physische Drohungen nicht ausschließen, wenn es gilt, ihrem Handeln freie Bahn zu schaffen. Siemens, AEG-Telefunken und BBC haben für solche Zwecke in Brasilien eigens einen speziellen „Kampffonds“ geschaffen, in den 2 % der Verkaufserlöse ihrer durch Preisabsprachen kartellierten Produkte fließen. Über ein unübersichtliches Gestrüpp der persönlichen Interessenverfälschung reicht ihr Arm weit in den brasilianischen Staatsapparat hinein.

Mirows Buch ist keine streng sozial- oder wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung. Es ist aber geeignet, einem breiten Publikum einzelne Seiten der Rolle der internationalen Konzerne durchschaubar zu machen.

R. Falk

Iran - BRD

Noch vor dem 1. Ausschuß der XXXII. UN-Vollversammlung am 26. 10. 1977 erklärte R. v. Wechmar: „Die Bundesrepublik legt sich größte Zurückhaltung auf dem Gebiet der Waffenexporte auf... Die Bundesregierung wird auch in Zukunft bei dieser restriktiven Rüstungsexportpolitik bleiben.“ (Bulletin, Bonn, Nr. 120/29. 11. 1977) Die Wirklichkeit sieht indessen ganz anders aus. Ein gigantisches Rüstungsgeschäft mit dem Iran in Höhe von insgesamt 6 Mrd DM wurde in diesen Tagen bekannt (zu der bisherigen militärischen Zusammenarbeit BRD-Iran siehe AIB-Sonderdruck, Nr. 2/1977). Damit wird die enorme Aufrüstung des Iran durch die Westmächte weiter vorangetrieben. Ein Vertrag über die Lieferung von sechs U-Booten (Stückpreis etwa 150 Mio DM), der durch die zu 74,9 % dem Bund gehörende Howaldtswerke/Deutsche Werft AG und andere BRD-Unternehmen ausgeführt werden soll, wurde inzwischen unterzeichnet. Aufträge für weitere zehn U-Boote, 18 Fregatten, 19 Minenjagdboote, 18 Schnellboote, eine komplette Werft und den Ausbau der Marineschule sollen folgen (Berliner Extra Dienst (ED), 14. 3. 1978). Da die Flotte mit modernster Elektronik ausgestattet ist, soll auch die Ausbildung der Besatzung in der BRD erfolgen.

Bei diesem neuerlichen Rüstungsgeschäft übergeht die Bonner Regierung nicht nur, daß im Iran jede oppositionelle Bewegung brutal unterdrückt wird, sondern auch, daß das Schah-Regime sein Militär gegen die Befreiungsbewegungen im arabischen Raum, z. B. in Oman, einsetzt. Der nationale Ausverkauf durch die Rüstungspolitik des Schah-Regimes und seine Mißachtung der elementarsten Menschenrechte stoßen bei der iranischen Bevölkerung auf wachsenden Widerstand. Nach der blutigen Unterdrückung der Massendemonstration in Täbris im Februar d. J. hat sich die Protestbewegung inzwischen auf 16 Städte ausgedehnt.

Guatemala

In Guatemala fanden am 5. 3. 1978 Präsidentschaftswahlen statt. Von über 3 Mio Bürgern im wahlfähigen Alter wurden nur 1,8 Mio als Wahlberechtigte anerkannt, von denen lediglich 800 000 von ihrer Stimme Gebrauch machten. Protegiert von der einheimischen Oligarchie und den ansässigen US-Konzernen waren drei Militärs als Kandidaten zugelassen. General Romeo Lucas Garcia von der rechtsgerichteten Koalition der Revolutionären Partei und der Institutionellen Partei gewann mit 272 000 Stimmen, Oberst Alfredo Enrique Peralta Azurdia erhielt 221 000 und General Ricardo Peralta Mendez 168 000 Stimmen. Bei der fehlenden absoluten Mehrheit bedurfte es der Bestätigung durch den Kongreß, die jedoch von oppositionellen, u. a. christdemokratischen Abgeordneten, unter dem Vorwurf des Wahlbetruges boykottiert wurde. Diese Einschätzung hatte die illegale Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) bereits vor den Wahlen getroffen und deshalb dazu aufgerufen, die Wahl zu boykottieren oder ungültig zu stimmen. Auf jeden Fall ist die geringe Wahlbeteiligung von nur 30 % eine klare Absage an die herrschenden Militärs (vgl. AIB 5/1977 und 3/1978).

Kampuchea - Vietnam

Obwohl die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam bis heute ihre Position der Beendigung der Feindseligkeiten an der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze durch Verhandlungen beibehalten hat (Vgl. Dokumentation und Hintergrund in: AIB 4/1978), setzt Kampuchea seine bewaffneten Provokationen fort. Am 18./19. März wurden über 100 Menschen, vor allem Frauen, Kinder und Greise, bei Überfällen kampucheanischer Truppen auf vietnamesische Grenzdörfer getötet. Bereits am 14. März hatten 1000 kampucheanische Soldaten die kleine Fischerstadt Ha Tien dem Erdboden gleichgemacht. Nach Angaben des Volkskomitees der Provinz Tay Ninh sind vom 24. September 1977 bis Ende Februar 1978 allein in diesem Gebiet 1028 Menschen bei Angriffen Kampuchreas getötet worden; 15 Ortschaften der Grenzprovinz wurden bisher evakuiert. Vietnamesische Truppen haben die Eindringlinge jedesmal mit Unterstützung der Luftwaffe zurückgeschlagen; gleichzeitig warnte die SRV-Regierung Kampuchea vor einer weiteren Eskalation der Feindseligkeiten, andernfalls habe es die Folgen seiner Konfrontationspolitik zu tragen.



Festivalbewegung

Vom 2.–3. März 1978 fand in Berlin die 4. Tagung des Internationalen Vorbereitungscommittees (IVK) für die XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna statt. Dort wurde das Programm des Festivals verabschiedet. Als Vertreter der BRD waren Claus Proft (Sprecher des Arbeitskreises Festival – AKF) und Rudolf Scharping (Mitglied der Sprechergruppe der Koordinierungsgruppe – KOG) anwesend. Die im Initiativsausschuß zusammengefaßten Mitgliedsorganisationen von AKF und KOG trugen vor dem Plenum der 4. IVK-Tagung eine gemeinsame Rede vor, in der die politischen Orientierungspunkte des bundesdeutschen Redebeitrages auf der 3. IVK-Tagung in Havanna bekräftigt wurden (Wortlaut in AIB 8/1977). Weiter wurde hervorgehoben: „Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Programm der Tage in Havanna auf der Grundlage der 3. IVK die Vielfalt der unterschiedlichen Interessen zum Ausdruck bringt und eine gründliche Behandlung der einzelnen Themen möglich macht.“ Die 4. IVK-Tagung benannte die politischen Themen der einzelnen Tage des Festivals, darunter die Solidarität mit dem Kampf der Völker des südlichen Afrika, mit den arabischen Völkern, besonders dem Volk von Palästina, das Eintreten für Entspannung, Sicherheit und internationale Zusammenarbeit, für die Beendigung des Wettrennens, die Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas und der Karibik, besonders dem chilenischen Volk, Solidarität mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung, Solidarität mit dem Kampf der Jugend der kapitalistischen Länder und schließlich die Selbstdarstellung der Jugend des sozialistischen Kuba.

Südliches Afrika - UNO

Am 21. März 1978, dem Jahrestag des Sharpeville-Massakers der südafrikanischen Rassisten (1960: 68 Tote), wurde das **Internationale Anti-Apartheid-Jahr** der Vereinten Nationen eröffnet. Ihm hatte im Dezember 1977 in der UN-Vollversammlung auch die Vertretung der Bundesregierung zugestimmt; desgleichen in gesonderten Erklärungen Mitte März d. J. die Vorsitzenden der Bonner Regierungsparteien, die zugleich zur „friedlichen“ Beseitigung des Apartheid-systems aufriefen. Von einer Aufkündigung der Kollaboration war allerdings nicht die Rede. Wie die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in einer Stellungnahme bilanziert, kletterten im Zeitraum 1976/77 die bundesdeutschen Kapitalinvestitionen in der Republik Südafrika (RSA) von 4 auf 6 Mrd DM, die staatlichen Hermesbürgschaften von 800 Mio auf 3,8 Mrd DM, wurden die militärische und nukleare Zusammenarbeit nicht reduziert. Während die AAB und das Anti-imperialistische Solidaritätskomitee (ASK) für das kommende Jahr zu verstärktem Widerstand gegen die Bonner Stützungspraktiken zugunsten der Rassisten-Regimes und zur materiellen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen aufriefen (zum ASK-Morogoro-Projekt siehe AIB 3/1978), warnte CSU-Vorsitzender F. J. Strauß vor dem „als ‚Befreiungskampf‘ getarnten Terror“ wie jedweden ihn unterstützenden „politischen Agitatoren“. Entschieden wies er die Ausrufung eines „Anti-Apartheidjahrs“ von sich, zeuge dies doch von „einer fatalen Einseitigkeit und von einer gefährlichen Blindheit“. Schließlich gehe es der nicht unter der Apartheid in der RSA lebenden schwarzen Bevölkerung Afrikas „unvergleichlich schlechter“ (Pressemitteilung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 18. 3. 1978).

Die "Beispielhaftigkeit" des Bonner Geisel-Besuches

Bei kaum einer anderen Militärdiktatur zeigt sich das offizielle Bonn so freierzig und skrupellos wie im Umgang mit den brasilianischen Faschisten. Wenn es dazu noch irgendeines Beweises bedurfte, so ist er mit der Geisel-Visite vom 6.-10. März d. J. in der BRD erbracht worden.

Der Bonner Kanzler hatte allen Grund dafür, als er zu Ehren des brasilianischen Gastes seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, „daß das, was in wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Brasilien und uns bisher erreicht worden ist, als beispielhaft gelten darf für die Zusammenarbeit zwischen einem hochindustrialisierten Land einerseits und einem Schwellenlande andererseits. Ich möchte mir wünschen,“ so Helmut Schmidt weiter, „daß sich im Verhältnis zwischen Nord und Süd auf der ganzen Welt im Laufe der Zeit insgesamt ein ähnlich erfolgreiches Zusammenwirken herausbilden läßt.“ Was heißt hier „beispielhaft“ und „erfolgreich für wen“, so muß indessen gefragt werden.

Modellfall Atomexport

Im ursprünglichen Text der Schmidt-Rede (die hinterher stilistisch-diplomatisch zur Veröffentlichung überarbeitet wurde) war sogar von einer „Konvergenz“ der westdeutschen und brasilianischen Interessen die Rede. Eine solche Interessenkonvergenz zwischen dem westdeutschen Imperialismus und der brasilianischen Diktatur gibt es sehr wohl: Das Interesse Bonns, das überaus rohstoffreiche, für ein Entwicklungsland wirtschaftlich überdurchschnittlich potente Brasilien als Sprungbrett für die zügige Fortsetzung des neokolonialen Vormarsches der BRD auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu nutzen, deckt sich hier teils mit dem erklärten Willen Brasílias, die bislang einseitige Umklammerung durch die USA abzulösen; und zwar zugunsten einer multilateralisierten Abhängigkeit, um den eigenen Großmachtambitionen neuen Spielraum zu verschaffen. Beide Parteien nehmen bei der Verwirklichung ihrer Expansionsabsichten bewußt eine teilweise Konfrontation mit dem US-Imperialismus in Kauf.

Am deutlichsten ist dies noch immer bei den Auseinandersetzungen um jenes Jahrhundertgeschäft im Werte von 12 Mrd DM vom Juni 1975, in dessen Verlauf Brasilien in den Besitz des gesamten nuklearen Brennstoffkreislauf (und damit des technologischen Know Hows gegebenenfalls zur Atomwaffenproduktion) gerät und an dessen Durchführung bei der Geisel-Visite nicht der geringste Zweifel gelassen wurde. Das Brasiliengeschäft wurde inzwischen zum Modellfall für den Einstieg der Siemens-Tochter KWU ins internationale Reaktorgeschäft, z. B. im Iran, wohin KWU vier Kernreaktoren im Wert von 20 Mrd DM liefern will. Das anlässlich des Geisel-Besuches in Bonn unterzeichnete Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Kernforschung hat die bundesdeutsch-brasilianische Atomkooperation um einen weiteren Aspekt bereichert: Brasilien erhält Unterstützung bei der Erforschung des Uran-Thorium-Brennzyklus, der für das brasilianische Nuklearpotential zukünftig deshalb einen strategischen Stellenwert bekommen wird, weil es bei Thorium-Lagerstätten an zweiter Stelle der Welt steht, während seine Uranförderungs-kapazitäten kaum zur langfristigen Eigenversorgung, geschweige denn zur Belieferung der BRD ausreichen dürften.

Die Basis der Stärkeposition Bonns in den Beziehungen mit Brasilien ist in den über 4 Mrd DM zu suchen, die bundesdeutsches Großkapital bislang insbesondere in den Schlüsselzweigen der brasilianischen Wirtschaft investiert hat. Mit einem Anteil von etwa 23 % aller Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern und einem Prozentsatz von 47 % aller westdeutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika nimmt Brasilien die absolute Spitzenposition auf der Rangskala der von westdeutschen Konzernen bevorzugten Länder der Dritten Welt ein (siehe auch: R. Falk, BRD-Konzernexpansion und Atomkomplott mit Brasilien, in: AIB, Sonderdruck, Nr. 2/1977). Diese Investitionen sollen nach dem Geisel-Besuch verstärkt in der Form von Kooperationsbeziehungen ausgebaut werden, in welchen bundesrepublikanische Konzerne brasilianisches Kapital als Juniorpartner an der neokolonialen Durchdringung auch von „Drittmärkten“ beteiligen sollen. Schließlich hat der Besuch des brasilianischen Diktators noch eine BRD-Kapitalhilfe von 50 Mio DM eingebracht, obwohl Brasilien von den Bonner Stellen ursprünglich nicht mehr als bedürftiges Empfängerland zinsgünstiger Kredite eingestuft worden war.



Aus: Berliner Extra Dienst

Anlässlich der Bonner Geisel-Visite ist noch von einer anderen Seite her beleuchtet worden, warum die brasilianische Generalsdiktatur einen Eckpfeiler in Bonns neokolonialistischer Strategie und Taktik bildet: Die führenden Kreise Bonns messen Brasilien eine Mittlerrolle in ihrer gegen die Verwirklichung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung eingerichteten Konzeption des „Brückenschlags“ und „Interessenausgleichs“ bei. „Die Bedeutung Lateinamerikas,“ so Bundesaußenminister Genscher zu seinem brasilianischen Kollegen, „als stabilisierendes Element in der Weltpolitik kann nicht hoch genug bewertet werden. Die Harmonie, die Stärke und die Unabhängigkeit der Region ebenso wie ihre Bindungen zur westlichen Völkergemeinschaft und gleichzeitig zur Dritten Welt befähigen Lateinamerika zum Ausgleich – vielleicht sogar zum Brückenschlag zwischen Nord und Süd! Dabei fällt Brasilien als dem größten lateinamerikanischen Staat, der auf der Schwelle zum Industriestaat steht, eine entscheidende Rolle zu.“ Die brasilianischen Geschäftspartner Bonns haben zu verstehen gegeben, daß sie ihre Bremsenrolle bei den Verhandlungen um die in den Kernforderungen antiimperialistische Neue Internationale Wirtschaftsordnung verstärken werden. „Sie sind der Ansicht,“ heißt es in einer gemeinsamen Erklärung Schmidt-Geisel, „daß eine dauerhafte wirtschaftliche Partnerschaft auf der Grundlage der Prinzipien der Marktwirtschaft . . . den auf internationaler Ebene angestrebten Interessenausgleich fördert.“ Ausgerechnet der den Weltfrieden gefährdende atomare Technologietransfer à la BRD-Brasilien soll bei diesem Unterfangen ein „Faktor grundlegender Bedeutung“ und „beispielhaft“ sein!

Traditionspflege mit asozialen Regimes

Kanzler und Bundespräsident haben die Achse Bonn-Brasília letztlich mit der politischen Aufwertung des wegen seiner Menschenrechtsverletzungen und seiner asozialen Wirtschaftspolitik international verstärkt angegriffenen Regimes bekräftigt: „Wir haben den Eindruck,“ so Helmut Schmidt, „daß wir im Grunde die gleichen Grundvorstellungen von einem rechtsstaatlich geordneten Gemeinwesen haben, in dem die Grundrechte der Menschen verwirklicht werden können, so wie sie in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind.“ Und Walter Scheel: „Wir sind von den enormen Leistungen des brasilianischen Aufbaus beeindruckt. Sie, Herr Staatspräsident, werden deshalb bei uns auch Verständnis dafür finden, wenn Sie nicht alle sozialen Probleme im gleichen Rhythmus wie die wirtschaftlichen lösen können.“

Dies aus dem Munde der führenden Politiker eines Landes, das sich rühmt, eine der demokratischsten und sozialsten Ordnungen der Welt zu besitzen, ist mehr als nur Zynismus. Angesichts von – laut Amnesty International – gegenwärtig mehr als 200 politischen Gefangenen und über 10 000 politischen Flüchtlingen sowie angesichts der Mehrzahl der Bevölkerung im absoluten sozialen Abseits ist dies – wie weiland Heinrich Lübkes Ausspruch: „Die brasilianische Revolution vom 31. März 1964 (gemeint ist der faschistische Militärputsch, d. Red.) war das, was das freie Europa und insbesondere die Bundesregierung erwartet hat.“ – ein Freibrief für die Fortsetzung des faschistischen Terrors. Die Bundesregierung hat wieder einmal Tradition gehalten.